

# Posener Zeitung.

Inserate

1/2 Sgr. für die fünfgepal- tene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedi- tion zu richten und werden für die an demselben Tage er- scheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags an- genommen.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

## Amtliches.

Berlin, 26. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Kreisrichter von Rosenberg in Neumarkt zum Rath bei dem Appellationsgericht in Frankfurt a. O. zu ernennen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 26. August. Vorm. Die heutige „Debatte“ erfährt von sehr verlässlicher Seite, daß die Gerichte von dem Rücktritte des Staatsministers Grafen Belcredi jeder thatsächlichen Begründung entbehren.

Freiherr v. Beust ist gestern, nachdem er bei dem Kaiser noch eine Audienz gehabt, nach München abgereist.

Leipzig, 26. August, Nachm. 4 Uhr. In der heute hier abgehaltenen Versammlung der liberal-nationalen Partei des Königreichs Sachsen wurde gegen eine sehr geringe Minorität folgende Resolution gefaßt: Wir halten die deutschen und sächsischen Interessen am besten gewahrt durch die Einverleibung Sachsens in Preußen, oder, falls dies nicht möglich, wenigstens durch völlige Abtretung der Militärhoheit und Diplomatie an die Krone Preußen, sowie durch die Uebergabe der auf die allgemeinen Verkehrsinteressen bezüglichen Gesetzgebung und Verwaltung an die betreffenden Bundesorgane.

Paris, 26. August. Morgens. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser besuchte gestern die Dämmungsarbeiten in der Seine bei Suresnes und verweilte lange unter den Arbeitern, die ihn mit Jubel begrüßten.

Mailand, 26. August. Die Kaiserin von Mexiko ist hier eingetroffen.

Florenz, 26. August. Die „Nazione“ sagt, General Menabrea verlange die Zurückgabe aller werthvollen Gegenstände, einschließlich der eisernen Krone, welche Oestreich in jüngster Zeit in Venetien an sich genommen hat.

Dasselbe Blatt konstatiert den versöhnlichen Geist, welchen die österröichischen Bevollmächtigten bis jetzt gezeigt haben.

## Unsere Provinz im Frieden.

IV.

Wenn alle natürlichen Bedingungen eintreten, so pflegen Grenzprovinzen wie die unsere als nächste Vermittler mit dem Auslande auch die Centralpunkte eines lebhaften Zwischenverkehrs zu sein. Etwas Derartiges war bei den Separatverhandlungen von 1815 zwischen Preußen und Rußland auch vorgeesehen; wir haben indeß an einer anderen Stelle der Gründe gedacht, welche unseren Handelsverkehr mit Rußland so über alle Gebühr beschränkt haben. Beide Nachbarregierungen haben an unserer Provinz gefündigt, indem die eine ihr Prohibitivsystem von Jahr zu Jahr steigerte, die andere zu große Nachgiebigkeit gegen dasselbe bewies. Die gegenwärtige preussische Handelspolitik kann auf diesem Wege nicht weiter folgen, sie steht in diametralem Gegensatz gegen das russische System. Die vom ganzen westlichen Europa angenommenen Handelsprincipien streiten gegen dieses System, welches jetzt zu verlassen, endlich auch der einzige Staat, der in handelspolitischer Beziehung noch zu Rußland stand, gezwungen sein wird, Oestreich. Um sich vor dem finanziellen Ruin zu retten giebt es für dieses Kaiserreich keinen andern Weg, als den Abschluß von Handelsverträgen auf der Grundlage der modernen Principien. Sowie Oestreich, was nicht lange ausbleiben wird, diesen Weg betritt, ist Rußland ganz isolirt und sein Handelsverkehr der Gefahr ausgesetzt, ins Stocken gebracht zu werden.

Die russischen Finanzen verlangen aber nicht minder wie die österröichischen gebieterisch eine schnelle Aufbülse, wenn nicht heftige Krisen eintreten sollen. Die neuesten Lotterianleihen haben im höchsten Grade nachtheilig auf deren Stand sowie auf die commerciellen und industriellen Verhältnisse des Landes eingewirkt, indem sie durch Verheißung eines hohen Zinses nebst Lotteriegewinn das baare Geld des Landes dem Ackerbau und Gewerbe entzogen und eine große Klasse von Glückspielern geschaffen, die ohnehin im Lande herrschende Neigung für Müßiggang und Glücksspiele somit in bebenkllicher Weise erhöht haben.

Der Wohlstand im Lande leidet empfindlich und die nächste Finanzkrise wird in Rußland eine Legion geschlagener Existenzen aufweisen. Schreitet Rußland zu einer neuen Anleihe, so wird es dieselbe nicht mehr im Inlande kontrahiren können. Das Kapital des Auslandes aber wird sich spröde verhalten gegen einen Staat, der sich gegen das westliche Europa hermetisch abzuschließen versucht.

So wird, hoffen wir, die Noth Rußland beten lehren, wenn es nicht die Vorausberechnung einer gesunden Staatsökonomie vorher schon von seinen unzeitgemäßen Handelsprinzipien bekehren sollte. Auf jedem Schritt, den das Oestreich vorwärts thut, fühlt es seine Abhängigkeit vom Westen. Es ist nicht zu verkennen, daß es sich seiner geschichtlichen Mission bewußt ist, es fühlt klar genug, daß es sie ohne den lebendigen Einfluß der westlichen Civilisation nicht durchführen, daß es aus sich die nöthige materielle und moralische Kraft noch nicht nehmen kann, daher in der Politik sein sorgfältiges Anklammern an den Westen und in Mitteleuropa. Es ist eine Thatsache, daß Rußland die Einwanderung, zumal aus Deutschland, immer begünstigt hat und noch begünstigt. Auf diesem Wege können ihm Kapital, Arbeitskräfte, Intelligenz zugeführt werden. Die jegige altrussische Strömung, welche die Petersburger Politik auf andere Bahnen leiten möchte, wird vorübergehen, sie rechnet mit idealen Dingen, die vor der Macht der materiellen Interessen nicht bestehen können. Rußland, das sich mit jedem Jahre weiter in Asien hineindrängt, kann nimmermehr ein spezifisches Slawenreich werden; das Slawenthum bildet nicht mehr die Hälfte seiner Volkselemente, es ist auch nicht geeignet, die historische Mission Rußlands, welches Asien mit Europa wieder geistig zu verbinden strebt, zu fördern. Rußland kann nur als Staaten-Konglomerat, wie es ist, jetzt, unter seinen verschiedenen Volksstämmen vermittelnd und civilisirend, weiter gehen. Was die russischen Panlawisten wollen, ist nur eine Marotte, die auch im

Hintergrunde kein anderes Ziel hat, als die Erweiterung der russischen Grenzen.

Gleichwohl ist nicht zu leugnen, daß an dieser Marotte augenblicklich die russischen Schutzvölker eine gewisse Handhabe besitzen, gegen die Oeffnung der Landesgrenzen gegen den Westen hin Propaganda zu machen. Moskowiter und Schutzvölker, ob sie in Moskau oder in Riga wohnen, sind gute Freunde und scheinen vereinigt, im Augenblick einen gewissen Einfluß auf die Stimmung des Petersburger Kabinetts zu üben. Aber es darf vertraut werden, daß der umfassende reformatorische Sinn des Kaisers Alexander, den intelligente Staatsmänner aus deutscher Schule umgeben, sich durch solchen Einfluß in seinen Zielen nicht aufhalten lassen werde. Mancherlei spricht dafür, wie man in Petersburg darauf rechnet, den zerrütteten sogenannten Westprovinzen durch deutsche Ansiedler wieder aufgeholfen zu sehen. So lange Graf Berg Statthalter in Warschau ist, werden auch im Königreich Polen die Deutschen immer gastliche Aufnahme finden. Wir dürfen solche Vorkommnisse, wie sie uns neuerdings wiederholt von der polnischen Grenze gemeldet worden, wohl nur zu den Ausnahmen zählen und hoffen zuversichtlich, daß Graf Berg der Beamtenwillkühr, welche den Grenzverkehr über alles Maas belästigt, energisch steuern werde.

Ist die russische Regierung durch die momentane Agitation gegen den Freihandel auch besungen gemacht, so wird der Umstand, daß dieselbe doch aus verhältnismäßig kleinen Kreisen ausgeht, die vom krassen Eigennutz geleitet werden, ihr nicht lauge Dauer sichern, und der Drang nach finanziellen Reformen die Umkehr vollenden. Wüßte es nur der literarisch so thätige Ausschuß des deutschen Handelstages an Aufklärung darüber, was der russischen Handelswelt Noth thut, nicht fehlen lassen, und er in den preussischen Handelskammern in der Nähe der polnischen Grenze kräftige Unterstützung finden, so werden die Belästigungen unseres Grenzverkehrs doch endlich schwinden und der Provinz Posen die ihr seit 1817 vorenthaltenen Rechte und vielleicht mehr als diese, wieder gegeben werden. Man wird sich nicht täuschen, wenn man annimmt, daß der norddeutsche Bund, im Besitze einer ohne Zweifel bald sehr respektablen Seemacht, und nun auch zur See vielfach auf den Verkehr mit Nordrußland hingewiesen, auch auf die Behandlung der gegenseitigen Handels-Interessen künftig ein vermehrtes Gewicht üben wird.

## Deutschland.

Preußen. Berlin, 26. August. Am Sonnabend um 2 1/2 Uhr ist die Adreßdeputation vom Könige empfangen worden. Graf Lehndorff führte sie ein, der König erschien allein, grüßte freundlich, hörte das Verlesen der Adresse an, und drückte seine Freude über die fast einstimmige Annahme der Adresse aus, dann etwa Folgendes hinzufügend: Er preise mit dem Hause die göttliche Vorsehung, welche das Land, die Armee und ihn selbst sichtlich beschützt habe. Er danke Gott, daß es ihm noch in seinem Alter beschieden gewesen, die Einigung Deutschlands ihrer Lösung entgegenzuführen, daß er ihn und Preußen gewürdigt habe, so Großes zu leisten und die außerordentlichen Schwierigkeiten im Einvernehmen mit dem Abgeordneten- hause und dem ganzen Lande zu überwinden. Was die Indemnität betreffe, so sei damit nichts Neues gesagt; ob man die Sache mit diesem Worte oder als Entlastung bezeichne, sei gleichgültig. Die Regierung habe gewissenhaft für das Staatswohl gesorgt, habe nicht anders handeln können und würde in ähnlichem Falle, der aber nie wieder eintreten wird, nicht anders handeln. Die in der Adresse angeregte Einigkeit zwischen König und Volk bestehe jetzt und für die Zukunft. Im Allgemeinen ging der König jeden einzelnen Punkt der Adresse durch.

— Se. Maj. der König hat dem Generalfeldmarschall Grafen Wrangel an dem Tage, an welchem er vor 70 Jahren in die Armee eintrat, den Kronenorden 1. Klasse mit Schwertern an dem Emaille- bande des Rothen Adlerordens verliehen und gleichzeitig als Geschenk sein lebensgroßes Bildniß (in einem prachtvollen Rahmen, von dem Hofper- goldner Noack) hinzugefügt. Außerdem hat der König befohlen, daß das ostpreussische Kürassierregiment Nr. 3, dessen Chef der Graf ist, fortan den Namen „Graf Wrangel“ führen soll.

— Die Verhandlungen mit Sachsen haben dieser Tage begonnen. An Kriegskosten verlangt Preußen, wie man sagt, 20 Millionen Thaler. Wie die „N. P. Z.“ hört, werden die befestigten Punkte des Königreichs Sachsen von preussischen Truppen besetzt sein, zu welchen befestigten jetzt auch Dresden gehört.

— Wie das „Kobl. Tageblatt“ aus Koblenz mitgetheilt, wird Sonntag den 26. d. der Prinz Wolbemar zu Schleswig-Holstein (bis zum Ausbruch des Krieges Vice-Gouverneur von Mainz und seitdem Gouverneur von Koblenz) an der Spitze von 6000 Mann preussischer Truppen in Mainz einrücken. Garnison-Direktor Avenarius hat schon am 23. d. den Befehl erhalten, sich sofort nach Mainz zur Einrichtung der Kasernen etc. zu begeben.

— Der Kurfürst von Hessen, welcher wohl bald auf freien Fuß gesetzt werden wird, macht bereits Anstalten, das königl. Schloß in Stettin zu verlassen, da er von seinem Hofrath Struwe im Hotel de Prusse dort 30 Zimmer hat mieten lassen. Mit dem General von Rakmer hat der Kurfürst schon seit einigen Tagen allen Verkehr abge- brochen. Uebrigens lebt er noch immer in der Illusion, daß ihm sein Adjutant Major v. Eschwege aus Berlin die Nachricht bringen werde, er sei wieder eingesetzt und der Ministerpräsident Graf von Bismarck ent- lassen.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ bringt an der Spitze seines nicht- amtlichen Theiles nachstehende Erklärung:

„Die „Neue Preussische Zeitung“ vom 24. und 25. d. M. hat sich über die Entsendung des Königreichs Italien und seine militärischen Erfolge im letzten Feldzuge in einer Weise ausgesprochen, welche den historischen That- sachen nicht entspricht, das berechtigete Streben der Bewohner Italiens nach nationaler Einheit mißachtet und für die kulturgeschichtliche Bedeutung der Neugestaltung Italiens kein Verständnis zeigt.

Die Folge davon ist, daß die „Neue Preussische Zeitung“ über die Macht Italiens nach Außen und über die Zustände des Reichs im Innern, wo so- gar ein „Abfall von jedem Glauben“ herorgetreten sein soll, Behauptungen aufstellt, welche den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Italien ist in dem beendeten Kriege ein treuer Verbündeter Preußens gewesen.

Schon dieser Umstand hätte die „Neue Preussische Zeitung“ bestimmen müssen, gegen das Königreich Italien diejenige Sprache zu führen, welche ein treuer und wichtiger Bundesgenosse Preußens in den Tagen der Gefahr von einem preussischen Blatte zu erwarten berechtigt ist.“

— Die „N. A. Z.“ begründet in ihrem heutigen Leitartikel den völlerrechtlichen Satz: Als Regel für den Fall einer gänzlichen Extradition (Erlöschen des Staates) muß ohne Zweifel gelten:

daß alle öffentlichen Rechtsverhältnisse der vormaligen Staatsgenossenschaft, da sie eben nur für diese begründet waren, als erloschen anzusehen sind, so weit nicht ihre Fortdauer auch in dem neuen Zu- stande der Dinge möglich und vorbedungen ist. . . . Was aber die öffentlichen Rechtsverhältnisse der Staatsglieder betrifft, so müssen sich dieselben hier denjenigen Veränderungen unterwerfen, welche durch den nunmehrigen Zustand der Dinge nöthig werden, oder welche, wenn die Veränderung im Wege des Krieges ohne sichernde Stipulationen eingetreten ist, der Sieger damit vorzu- zunehmen für gut findet.

— Uns gehen, schreibt die „N. A. Z.“ aus Württemberg, Nachrichten über die Fortdauer preussischer Agitationen in dortigen Kreisen zu, wo wir sie am wenigsten jetzt erwartet hätten. So sollen auf Anweisung des Gouverneurs von Ulm, des Grafen Wilhelm von Württemberg, unter der Erklärung, daß in der Festung keine verdächtigen In- dividuen verweilen dürften, in der rückständigsten Weise Personen aus- gewiesen sein, bloß weil sie preussischer Sympathien verdächtig waren. Diese Handlung der Inhumanität hat besonders hart gewerbtreibende Familienväter getroffen, welche in Ulm das Bürgerrecht zwar nicht be- sitzen, allein Württemberger und in der Festung seit Jahren ansässig sind. Ja, der Graf soll in seinem Preußenhass so weit gehen, das Bild- niß unseres Königs Majestät, so wie dasjenige seines Minister-Präsi- denten als Zielscheibe für seine Uebungen im Schießen mit Zimmerpistolen aufgestellt zu haben. Daß der Herr Graf Ulm lieber an allen Ecken anzünden will, als einen Preußen dort einziehen zu lassen, wie er oftmals gedroht haben soll, ist seine Sache als Festungskommandant. Wir er- wähen, schließt das Blatt, die Ausweisung preußenfreundlicher Einwoh- ner und die Benutzung der genannten Bildnisse als Schützenscheiben hier in der Erwartung, daß diese Nachrichten von Ulm aus genau aufgeklärt werden.

— Folgender Erlaß ist der „Ostf.-Ztg.“ zur Veröffentlichung zu- gegangen:

Für Offiziere und Mannschaften der Feldarmee, welche durch Verwun- dung vor dem Feinde oder durch die Strapazen des Feldzuges in ihrer Ge- sundheit Schaden gelitten haben, werden in vielen Fällen Wadefuren ein wirk- sames Mittel zur Hebung oder Vinderung der Leiden sein. Zu meiner Freude bin ich durch Fonds, welche die Wohlthätigkeit der Nation, neben den Mitteln des Militärerats zur Verfügung gestellt hat, in der Lage, denjenigen Offizieren und Beamten der Feldarmee, welche nach ärztlichem Urtheil einer Wadefur bedürfen, zu den Kosten der letzteren erforderlichenfalls Subventio- nen zu vermitteln und somit der Fürsorge des Staats für Wadefuren Kran- ker oder Verwundeter der Feldarmee eine erheblich größere Ausdehnung zu geben. Indem ich mich beehre, dem königlichen Oberkommando hiervon er- gebenst Mittheilung zu machen, verbinde ich damit das Ersuchen, geneigtest Anordnung zu treffen, daß mir die bezüglichen, mit ärztlichen Attesten beleg- ten Anträge mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit schleunigst auf kür- zestem Wege seitens der Truppentheile und Casarthebe sgehen. Verwundete oder franke Offiziere, welche sich in Privatpflege befinden, dürfen dagegen ihre mit ärztlichen Attesten belegten Anträge mir direkt selbst einreichen. Berlin, 19. August 1866. Der Kriegs- und Marineminister. g. v. Roon.

— In militärischen Kreisen erwartet man, wie der „Publ.“ be- richtet, bei dem bevorstehenden umfangreichen Avancement zc. für Aus- zeichnung vor dem Feinde mit großer Bestimmtheit die Erhebung einiger Generale zu der höchsten Würde eines Feldmarschalls, worunter sich auch ein an der Kampagne theilhaft gewesener regierender deutscher Fürst befinden soll. Ebenso wäre die Charge eines General-Obersten der In- fanterie (in gleichem Range eines Marschalls) einem Mitgliede des könig- lichen Hauses vorbehalten. Bekanntlich sind grundsätzlich Prinzen der königl. Familie von Verleihung der Feldmarschallswürde ausgeschlossen.

— Bis auf einzelne Ausnahmen wurde bisher der Grundsatz auf- recht erhalten, daß bei der Beförderung zu den Stellen der Stabsofficiere das Anciennitäts-Verhältniß, in jeder Waffengattung abgesondert, durch Veretzung von einem zum anderen Truppentheile möglichst ausgeglichen werde. Wie es heißt, sollen die während des jetzigen Krieges durch Tod u. s. w. eingetretenen Erledigungen an Offizieren, vom Bataillonskom- mandeur abwärts, den einzelnen Truppentheilen bei der Beförderung zu Gute kommen.

— Die Anstrengungen der Ostpreussischen Südbahn, unge- achtet aller Widerwärtigkeiten, welche uns die letzten Jahre durch finan- zielle Krisen, allgemeine Geldnoth, Krieg u. s. w. brachten, den Eisenbahn- bau, zur Hebung des Wohlstandes von Stadt und Provinz, rüstig weiter fortzuführen, sind anerkennenswerthe. Die Linie Königsberg-Bartenstein wird Mitte September d. J. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Neben der fertigen Bahnlinie fahen wir am 21. hin und wieder nur noch bei den Haltepunkten doppelte Schienenstränge legen. Die Stationsge- bäude, Güter- und Lokomotivschuppen, Bahnwärterhäuser, Brücken, Wege- unterführungen, Weichenstellen, optische und elektrische Telegraphen sind vollendet.

— Nach der Wochenübersicht der preussischen Bank vom 23. d. Mts. haben die Baarbestände einschließlich der Kassenanweisungen, Privatbanknoten und des Papiergeldes sich seit dem 15. um 1,576,000 Thlr. vermehrt, während die Summe ihrer in Umlauf befindlicher No- ten um 929,000 Thlr. geringer geworden ist. Diese Reduktion des No- tenumlaufs erklärt sich aus der Abnahme der Diskonten und Lombard- Darlehne. Der größere Baarbestand, der in Metall eine Zunahme von

1,355,000 Thlr. erfahren hat, entspringt mutmaßlich aus Rückzahlungen, die der Bank für während der Dauer des Krieges geleistete Vorschüsse gemacht worden sind.

In der Annexionskommission war bekanntlich ein Amendement gestellt worden, darauf gerichtet, dem Gesetze eine schärfere Fassung zu geben. Wie man hört, wird Graf Bismarck in der Lage sein, zu erklären, daß die Regierung dieser Ansicht beigetreten ist und in eine Modifikation des Gesetzes willigt, wodurch die Beziehungen auf Art. 55 der Verfassung hinfällig werden und eine Reunion hergestellt wird mit der Maßgabe, daß die Einführung der preussischen Verfassung und die definitive Regelung der Beziehungen zu Preußen noch vorbehalten wird.

Bei der Berlin-Görlitzer und der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn sind für die nächste Zeit 180 Militärszüge angefaßt, mit denen ein bedeutender Theil unserer Armee zurückbeordert wird.

Der königliche Civil-Kommissarius in Frankfurt, Landrath von Madai, bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß der Privat-Telegraphen-Verkehr auf der dortigen königlichen Telegraphenstation vom 23. d. ab, jedoch mit der Beschränkung wieder eröffnet worden ist, daß während der Zeit von Abends 9 Uhr bis Morgens 7 Uhr Privat-Depeschen nicht befördert werden.

Die von der Kamarilla abgepreßte Erklärung des Generallieut. a. D. v. Treitschke (früher Kommandant der Festung Königstein) lautet: Obgleich fest überzeugt, gegenüber allen Denjenigen, von welchen ich persönlich gekannt bin, einer Verlegung meiner eigenen Gesinnungen gegen Se. Majestät den König Johann und dessen hohes königliches Haus nicht zu bedürfen, welchem länger als 52 Jahre nach Kräften treu gedient zu haben ich mir zur Ehre rechne und für dessen Rechte mein jüngerer Sohn gebietet — fühle ich mich dennoch bewogen zu öffentlicher Ausrufung: sammt allen den Meinigen nur mit Entrüstung und tiefem Schmerze die Ausrufungen gelesen zu haben, welche mein älterer Sohn in der Schrift „die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten“ gegen dieses theure Königshaus sich gestattet hat. Dresden, 22. August 1866. v. Treitschke, königl. sächs. General-Lieutenant a. D.

Breslau, 25. August. Im neunten Breslauer Wahlbezirk (Frankenstein-Münsterberg) ist in Folge der Ablehnung des Mandats seitens des Geh. Regierungsraths Krackig bei der vorgestern stattgefundenen Neuwahl der Landshafte-Syndikus Justizrath Koch aus Frankenstein — konservativ — zum Abgeordneten gewählt worden.

Heute Nacht verschied der Geh. Ober-Bergrath und Ober-Bergmeister v. Kummer, von einer plötzlichen Krankheit dahingerafft.

Görlitz, 21. Aug. Gestern Abend verunglückte der von Kohlfurt kommende Güterzug. In Folge des Zerreißens einer Verkuppelung war der größte Theil der Wagen ein wenig zurückgeblieben, und dieser fuhr dann auf den vorderen Theil des Zuges, der auf Station Penzig Halt gemacht, mit furchtbarer Vehemenz auf; 14 Güterwagen und Loows, mit Getreide, Knochen und anderem Frachtgut beladen, wurden buchstäblich zertrümmert. Ein Bremser wurde von einer ausbaumenden Lowry getödtet, ein zweiter erhielt erhebliche Wunden und wurde zwischen die zertrümmerten Wagen geschleudert, ein dritter kam mit einer ungefährl. Quetschung davon. Von der gewaltigen Wucht des Stoßes kann man sich einen Begriff aus der Thatsache machen, daß ein völlig beladener Güterwagen auf zwei theils über einander, theils in einander geschobenen Wagen, ein zweiter quer über dem Bahndamm stand, und daß dreißigliche Achsen wie Draht zusammengebogen sind.

Magdeburg, 25. August. In der am gestrigen Tage abgehaltenen Aeltesten-Konferenz der Kaufmannschaft wurde nach Erledigung der laufenden Geschäfte die wirtschaftliche Neugestaltung Deutschlands resp. des Zollvereins einer ausführlichen Erörterung unter Zugrundelegung einer vom Sekretariat vorgelegten Denkschrift unterzogen. Allgemein sprach sich der Wunsch aus, daß der freie Verkehr zwischen sämtlichen Staaten des Zollvereins, wie er seit länger als 3 Jahrzehnten bestanden habe, zu erhalten sei, aber eben so allgemein war die Uebereinstimmung, daß die Beschlüsse der zu schaffenden Centralgewalt und des Parlaments von einer Zustimmung oder Ablehnung einer einzelnen Regierung nicht abhängig gemacht werden dürfen. (W. Z.)

**Oesterreich.** Wien, 25. August. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Erklärung, mit welcher Oesterreich der Genfer Konvention beigetreten ist.

Die „Presse“ sagt: Der österreichisch-preussische Friedensvertrag enthält 14 Artikel und außerdem Protokolle über Truppentransporte, über die Auswechslung der Gefangenen, die in Oberberg stattfindet, und über die das Bundeigentum betreffende Fragen.

Die „Neue freie Presse“ sagt: Die Abtretung Venetiens wird in dem Vertrage als eine legale Thatsache ohne jede Kompensation anerkannt.

### Berliner Briefe.

Berlin, 24. August. Wenn auch der Berliner in den Wochentagen sich begnügen muß, die hier und da in den Straßen wie verlorene Posten aufgestellten Alazienbäume als Sommerfriese zu betrachten, so fühlt er doch am Sonntag, daß dies spärliche Grün seinen Augen nicht genügend war und die Sehnsucht erwacht, sich ganz an den verschwiegenen Busen der Natur zu werfen und an der lang entbehrten Farbe der Hoffnung die trüben Augen zu weiden. Nun gilt kein Säumen! Einige Heißsporne, die in wilder Hast ihr Essen hinuntergeschluckt, stürzen sich jetzt auf die Omnibushaltplätze, um gleich mit der ersten Sendung verpackt und ins Freie spedirt zu werden. Es sind die Glücklichen, denn sie trägt der schwerfällig über das Pflaster rasselnde Omnibus noch wie auf leichter, glänzender Welle ans Ziel. Immer stärker wird der Zug ins Freie, bald scheint ganz Berlin auf der Flucht zu sein und die Völkerwanderung beginnt. Dem Haupttrio der Berliner Sonntags-Auswanderer stehen aber ganz andere, härtere Kämpfe bevor. Sie machen sich mutbig auf den Weg und blicken mit scharfen Augen nach dem Fahrzeug aus, das ihre Straße ziehen wird. Raftlos schwanken die Equipagen des Volks vorüber; aber die Ersten verfolgen ganz andere Ziele — da kommt endlich der richtige Omnibus und nun wird dem Kondakteur schon von weitem mit Stock oder Schnupftuch die Bitte um Aufnahme zutelegraphirt. Heute ist der sonst so gefällige Mann wie verwandelt. An Wochentagen steht er mit bittenden Augen und bareden Lippen auf dem Stehbrett, wie ein unbedeuter Professor auf seinem Katheder, und er macht nach allen Seiten hin durch deutliche Winke auf den Fortschritt unserer Zeit und auf sein großes, Kultur und Bildung beförderndes Transportmittel aufmerksam. An Wochentagen thut es ihm wehe, so viele Leute gehen zu sehen; an Sonntagen gewährt es ihm ein Befagen, sie laufen zu lassen. Ein stolzes Lächeln spielt heut um seine Lippen, denn das Blatt hat sich gewendet und diejenigen kommen als Führende zu ihm, die gestern noch seinen Einladungen widerstanden. Ach, Rache ist süß! Nem, in dem großen Herzen eines Omnibus-Kondakteurs haben solch' wilde Leidenschaften eben so wenig Platz, als noch eine Person in

Das „Fremdenblatt“ theilt mit, daß sofort nach dem Friedensschluß die konstitutionelle Frage im Sinne des Dualismus geordnet werden dürfte. Durch kaiserliches Manifest werde Ungarn ein verantwortliches Ministerium bewilligt werden mit beschränkter Kompetenz gegenüber der Staatseinheit. Der Kaiser werde einige Monate im Jahre seine Residenz in Ofen nehmen.

Vor einigen Tagen sandte der Fürst von Montenegro zwei Abgesandte hierher. Es hat damit die folgende Bewandniß: Montenegro sowohl wie Serbien, diese beiden naturgemäßen Allirten, betrachten sich durch eine Reihe von militärischen Maßnahmen, welche die Pforte in neuester Zeit getroffen — namentlich durch das Vorrücken türkischer Truppen im Dugathal, offenbar um über Metkovich mit der in der Sutorina ans Land gesetzten Armee eine Verbindung herzustellen, dann durch den Wiederaufbau der alten Stockhäuser in jenem Thale, welches den Eingang nach Montenegro bildet, so wie in Spuz und Podgoritzka — unmittelbar, bedroht. Nun haben sich Serbien und Montenegro die Aufgabe gestellt, um Oesterreichs Schutz zu werben. Die Regierungen von Cettigne und Belgrad wollen für einen allfälligen, zwischen ihnen und der Pforte erwachsenden Konflikt, den sie für unausbleiblich halten, in erster Reihe Oesterreich mit interessieren. Sie wissen, daß Oesterreich als Nachbarstaat der Türkei und verwandte Völker umfassend unmöglich passiv bleiben kann, sobald das große Feuer der Befreiung der Christen der Balkan-Halbinsel von der türkischen Herrschaft auslodert. Sie rechnen ferner darauf, daß, nachdem Oesterreich Venetien abgetreten hat und aus dem deutschen Bunde geschieden ist, in seiner Politik der Osten über den Westen das Uebergewicht erlangen muß und schon jetzt das alte Verhältnis zwischen Wien und Konstantinopel begonnen hat, viel von seiner früheren Wärme zu verlieren. Die hier anwesende montenegrinische Deputation ist auch mit serbischen Vollmachten versehen.

Der „Presse“ zufolge enthält der österreichisch-preussische Friedensvertrag 14 Artikel und sind Protokolle angehängt über die Beförderung der ausgewechselten Kriegsgefangenen via Oberberg und über die Frage des ehemaligen Bundeigentums. Die „Neue freie Presse“ sagt, die Abtretung Venetiens sei in dem Friedensvertrage als legale Thatsache ohne irgend welchen Vorbehalt anerkannt. — Das „Fremdenblatt“ meldet, daß sofort nach Abschluß des Friedens die Verfassungsfragen geordnet werden sollen und zwar in vorherrschend dualistischem Sinne. Ein kaiserliches Manifest werde Ungarn ein verantwortliches Ministerium gewähren, dessen Befugnisse durch das Prinzip der Reichseinheit eingeschränkt sein würden. Der Kaiser werde alljährlich einige Monate in Buda-Pesth residiren.

Wie die „Presse“ zu wissen glaubt, würde Belcredi demnächst seine Demission einreichen, ein Schritt, den die Ungarn freudig begrüßen würden.

Man schreibt der „Spen. Z.“ aus Prag vom 22. August: Die Truppen des Garde-Korps, deren Hauptquartiere bereits in Prag aufgeschlagen war, setzten sich am 20. in Bewegung um ihren Einmarsch in Prag zu halten. Um 11 Uhr Vormittags trafen nun auch die ersten Garde-Regimenter vor dem Roththor ein, und rückten darauf mit voller Regimentsmusik, wieder blankgeputzten Helmen und Waffen in Prag ein. Alle Straßen, Häuser und deren Fenster, durch welche unsere Truppen marschirten, waren dicht mit schauenden Pragern angefüllt. Auf dem Rothmarke empfing uns nun der Prinz Friedrich Karl, der Prinz August von Württemberg, General-Lieutenant Vogel v. Falkenstein mit einer glänzenden Suite. Prinz Friedrich Karl ließ uns nun sämtlich in Paradeuniform vorüber desfiliren, worauf wir dann nach abgehaltenem Appell in unsere Quartiere entlassen wurden. Der größte Theil der Truppen blieb in Prag, die übrigen bezogen Quartiere in den zunächst gelegenen Orten. Die Garde-Artillerie mußte, da für so viel Pferde in Prag und selbst in nächster Nähe kein hinreichender Raum vorhanden war, noch einen Marsch von 2 1/2 Meilen machen und bezog in Kolec Quartier. Die 3. Brigade, wozu auch das Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment, sowie das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth gehört, erhielten Nachmittags Ordre zur Einschiffung nach Dresden, wo sie das 24. und 31. Landwehr-Regiment, welches Behufs der Entlassung in seine Heimath marschirte, ergänzen sollten. Unsere Bleibens soll vorläufig bis zum 2. September hier sein, wo wir dann fernerer Marschbefehl erhalten sollen. Unsere Quartiere sind nicht die besten, auch wird allseitig der Wunsch hörbar, da es doch nun für das Erste mit dem Kriege aus wäre, baldigst in die Heimath rückkehren zu können.

Prag, 21. August. [Zu den Friedensverhandlungen.] Freitag ist der österreichische Militärbevollmächtigte, Oberstlieutenant v. Cornaro, vom Generalstabe, und Sonnabend der königl. preuß. Oberst

seinem Fahrzeuge; aber er läßt doch halten und da die reglementsmäßige Dreizehn schon überschritten worden, um wenigstens an Sonntagen dieser ominösen Zahl aus dem Wege zu gehen, wird der Wagen noch mit einigen Ueberzähligen vollgeproppst. Das Verdeck ist ebenfalls von Menschen überfüllt und nun polkert der mit reicher Beute beladene Omnibus von einem Thor zum andern.

Erst spätere Jahrhunderte werden dem Omnibusse, dieser letzten und nützlichsten Schöpfung unserer Tage gerecht werden. Ich will davon schweigen, wie dies wohlfeile Beförderungsmittel um alle Stände ein gemeinames Band schlingt, alle Vorurtheile beseitigt und die Menschen auf wunderbare Weise durcheinander schüttelt; denn der Omnibus ist längst seiner niedern Sphäre entrückt. Er ist nicht nur die Groschendroschke des gemeinen Volkes, bereits Leute aus den höhern Ständen verschmähen es nicht, auf den rothen blüschigen Platz zu nehmen. Ich habe hochgestellte Offiziere darin fahren sehen. Hervorheben will ich nur, daß der Omnibus ein ganz anderes Geschlecht erzieht. Sollte auch wirklich wieder die Sache des Turnens ein wenig einschlagen — hier im Omnibus sind Anhaltspunkte geboten, die eine körperliche Gewandheit hervorbringen müssen, wie sie nur die gymnastischen Spiele Griechenlands erzeugt. Während der Fahrt sich auf den Tritt des Omnibus zu schwingen, dazu braucht es freilich nur eines tüchtigen Anlaufs, höchstens des anziehenden Armes des Kondakteurs; bedenklicher ist es schon, der Haft des sich weiter bewegenden Ungethüms zu entspringen, das sich gewöhnlich mit einer gewissen Heimtücke seines Inhalts entledigt und ihn wie einen unbehaglichen Gast bei Seite schleudert. Noch größere Kühnheit gehört dazu, während der gefäßigen Schwankungen des Omnibus auf der förmlich in der Luft schwebenden Treppe das Verdeck zu erklimmen. An Sonntagen zeigen sich bereits auf den Omnibus-Haltplätzen die Vortheile des Turnens. Nur die verwegensten Steiger erobern sich ein Plätzchen, Ungeschickte fallen herunter, und über sie hinweg erklimmt ein Glücklicher das Ziel. Die Zurückgebliebenen müssen auf den nächsten Omnibus warten, und je länger dies dauert, je mehr reißt in ihnen der Entschluß, den nächsten Ankömmling mit ganz andern Kräften zu er-

Stiele hier angekommen, um wegen Räumung der okkupirten Länder zu verhandeln. Die Entschädigungssumme, welche Oesterreich an Preußen für die Bezahlung der Transportkosten an die Bahnen zu entrichten hat, beträgt 280,000 Thlr. Die Entschädigung der Bahnen geschieht, wie bemerkt, durch die Preußen und zwar nach Maßgabe des österreichischen Militärtarifs. Wie ich höre, hat sich Oesterreich bereit erklärt, für eine beschleunigte Räumung eine weitere Summe zu zahlen, die jedoch erst in einer besonderen Konvention vereinbart werden soll. (Bresl. Z.)

**Bayern.** München, 22. August. Die Gebietsabtretung ist auf ein Minimum reducirt; Bayern verliert das Landgericht Gerfeld an der Rhön, Tann, Orb und die umliegenden Bezirke in Unterfranken. Dabei wurde vereinbart, daß sofort nach Ratifikation des Friedens die preussischen Truppen das besetzte Gebiet räumen, auch wenn die Kriegskostenentschädigung noch nicht bezahlt ist. — Die auf den 26. d. einberufenen Kammern werden zunächst nur die an Preußen zu zahlenden Millionen zu bewilligen haben, dann aber wieder entlassen werden. (Allg. Ztg.)

Würzburg, 23. August. Zu gleicher Zeit mit der Friedensnachricht traf gestern Mittag auch der Major v. Massenbach hier ein, um die Punktation über den Abzug der preussischen Truppen von bairischem Gebiet festzustellen. Er wurde nebst dem hiesigen Festungskommandanten General v. Steinsdorff vom preussischen General v. Wrangel zu einem Friedensmahl eingeladen, welches gestern unter den Klängen der preussischen Regimentsmusik im Hotel zum Kronprinzen stattfand. (N. W. Z.)

**Sachsen.** Dresden, 25. August. Das „Dresdner Journal“ enthält eine Bekanntmachung, in welcher die Landesregierung 7000 inländische Schanzarbeiter sucht, da von Seiten Preußens weitere Befestigungen bei Dresden angeordnet worden sind. Die Arbeit soll am 3. September beginnen.

Leipzig, 24. August. Der 23. August war ein Jubeltag für Leipzig. An ihm wurde der Kreisdirektor v. Burgsdorff seiner Stellung enthoben. Wie ein Rauffeuer ging die Nachricht durch die Stadt. Der Mann mengte sich in Alles, überall ließ er horchen und trieb Gefinnungspolizei. Er faßte seinen Beruf im gemeinsten Polizei-Sinne auf und war eines der blindesten Werkzeuge der Beust'schen Politik. Daher die große Freude über seinen Heimgang. Besser noch wäre es gewesen, Herr v. Wurmb hätte die ganze Kreisdirektion heimgeschickt; sie ist entbehrlich. Im engeren Kreise der Stadtverordneten hat Dr. Joseph erklärt, daß er seine Stadtrathswahl ablehne; er fühle sich außer Stande, von Herrn von Friesen, welcher Minister des Innern sein werde, wenn es sich um die Bestätigung handle, diese anzunehmen; von einem Manne, welcher zu dem Ministerium gehört, das dem Drei-Königsbündnisse mit pünktlicher Perfidie den Rücken wendete, das Verbrechen des Verfassungsbruchs beging und jetzt so unsägliches Unglück über Sachsen gebracht hat. Die ganze freie Zeit eines jeden deutschführenden Sachsen müsse jetzt der Forderung der engsten Einordnung Sachsens in Preußens Führung gehören. Vorgestern entfloß ein geheilter österreichischer Kadett aus dem als Hospitäl eingerichteten Waisenhaus. — Die Cholera ist in starkem Zunehmen. (Volkstzg.)

Gestern und heute sind die Einladungen zu der am nächsten Sonntag hier abzuhaltenden Landesversammlung der liberal-nationalen Partei in alle Theile des Landes versandt worden.

**Baden.** Karlsruhe, 23. August. Die „Karlsruh. Ztg.“ schreibt unterm 23. d.: „Der von dem Präsidenten des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und des Außern, Herrn v. Freydorf, als badischer, und dem Ministerpräsidenten Herrn Grafen v. Bismarck, als k. preussischer Bevollmächtigter, zu Berlin verhandelte Friedensvertrag ist am 17. d. abgeschlossen und die Ratifikationsurkunden sind am 20. d. ausgetauscht worden. Nächst den schon erwähnten Bestimmungen enthält der Vertrag die Festssetzung der von Baden an Preußen zu zahlenden Kriegskostenentschädigung auf 6 Mill. Gulden. Wir erfahren, daß die großherzogliche Regierung den bei weitem größern Theil dieses Betrages bereits hat baar berichtigen und in Betreff des kleinen Restes eine geschäftsmäßige Garantie hat leisten lassen. Damit sind die Bedingungen erfüllt, welche der Friedensvertrag für den Abmarsch der kgl. preussischen Truppen aus den diesseitigen Gebietstheilen stipulirt hat, und es sind auch bereits die Einleitungen dazu getroffen.“

**Hessen.** Kassel, 22. August. Ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregt hier die Sendung des Majors von Eschwege, Flügeladjutanten des Kurfürsten, an den König von Preußen. Ueber den Inhalt des von demselben überbrachten Schreibens wird zwar Niemand etwas wissen;

stürmen. Kein Wunder, daß sich nun Alles mit Königgräzer Bravour auf den jetzt erschienenen Omnibus stürzt und den Eintritt mit zerbrochenen Krinolinen und abgerissenen Frackschößen bezahlen muß. Aber die Fährlichkeiten. Dort ist Luft, Grün, Freiheit! — Alles, was wir längst ersehnt und erseufzt, und leider bleiben auch dort die Täuschungen nicht aus. Zwei Meilen in der Runde ist an Sonntagen jedes öffentliche Lokal mit Berlinern überfüllt. Es scheint Berliner gehagelt zu haben. Wer diese Karavanzzüge sieht, wer die abgelegenen Winkel und Gärten von den Bewohnern unserer Hauptstadt vollgeproppst findet, der ist überzeugt, daß die Residenz nur noch eine schwache Garnison von Invaliden und Kranken aufzuweisen hat.

Der Berliner ist als ungemüthlich verschrien, aber einen hübschen Zug muß man ihm nachrühmen: er liebt die Kinder. Nie werden die „Jöhren“, wie man hier die zarten Sprößlinge nennt, bei den Ausflügen auf's Land zurückgelassen. Vater und Mutter tragen abwechselnd die kleinsten und so zieht man mit familienväterlichem Stolze hinaus. Ueberall giebt es natürlich überfüllte Restaurationen, in denen die Hitze und der Tabacksqualm sich streiten, wer am ehesten die Gäste hinaustreiben wird; unverschämte Kellner, die planlos hin- und herstürzen, fortwährend „gleich, gleich“ sagen und doch den hilflosen Wanderer verschmachten lassen — überall giebt es warmes Bier, kalten Kaffee und Langeweile. Um das Alles zu finden, lohnte es sich wahrhaftig nicht, den Thoren Berlins mit einem solch' übermüthigen Lächeln den Scheidegruß zugewinkt zu haben. — In diese Sonntagsgenossen kommt erst dann eine gewisse Abwechslung, wenn der Himmel finster die Stirn runzelt und dann plötzlich seinen ganzen Zorn über diejenigen Geschöpfe ausschüttet, die hinausgestrebt. Der Berliner ist zu leichtsinnig und vergnügungslustig, — es mögen noch so finstere Wolken heraufgezogen sein, er achtet ihrer nicht und steuert mutbig hinaus, sich auf seinen treuen Regenschirm und auf seine schon oft geprüfte unempfindliche Haut verlassend. Selbst wenn bereits ein leichter Sprühregen beginnt, bleibt er fest sitzen, bestellst noch ein Seidel und tröstet sich damit: „Das löschet den Staub.“ Aber das Wetter versteht keinen

allein mit Rücksicht auf die Stimmung, in welcher sich Se. kgl. Hoheit seit kurzer Zeit befinden soll, glaubt man allgemein, daß der Kurfürst eine gewisse Geneigtheit zu erkennen gegeben habe, in Unterhandlungen einzutreten. Natürlich kann es sich dabei nur um Vermögensfragen, insbesondere um das Eigenthum und die Revenuen des Hauschazes, und der kurfürstlichen Schlösser zc. handeln. Nach den Verträgen vom Jahre 1831 über die Auseinandersetzung des Haus- und Staatsvermögens, namentlich über die Theilung der aus den Zeiten der englischen Subsidien herrührenden Kapitalien, sind die Schlösser, Parks, Kunstsammlungen zc., sowie der Hauschatz als Familienfideikommiß des kurfürstlichen Hauses zu betrachten, wovon der jedesmalige Regent als solcher die Nutznießung hat, doch einen gewissen Mitgebrauch des Publikums gestatten und namentlich jährlich einen Beitrag von 21,000 Thlr. zur Unterhaltung des Theaters zahlen muß. Vermuthlich wird es jetzt der Wunsch des Kurfürsten und seiner Angehörigen sein, die einstweilen mit Beschlagnahme belegten Revenuen des Hauschazes flüssig zu machen. Auch wird wohl mit der Zeit das Verlangen aufstehen, das Familiengut aus den Rechtsbeziehungen zum Lande Kurhessen ganz los zu machen. Es liegt also auf der Hand, daß noch mancherlei Verhandlungen bevorstehen. Man hofft hier, daß die preussische Regierung die Gelegenheit benutzen werde, um einerseits das Interesse des Staats, und andererseits die Rechte der Hofdiener und die Verbesserung der peinlichen Lage des Militärs in umfassender Weise wahrzunehmen. (Volksz.)

Kassel, 24. August. Nach der „Kass. Z.“ sind der Oberbürgermeister Nebelthau nebst einigen anderen Herren vom Stadtrathe gestern Morgen nach Berlin abgereist, um dem Könige das Wohl der Stadt Kassel ans Herz zu legen. Gleichzeitig soll dem Wunsch Ausdruck gegeben werden, daß der Civilgouverneur, Präsident v. Möller, in seinem hiesigen Amte auch ferner belassen werde, da derselbe das Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießt.

Rassau. Wiesbaden, 21. August. Darüber, wann die nassauer Soldaten, die gegenwärtig und schon Wochen lang zwecklos in der Umgegend von Ulm umherirren, ihrem Lande wiedergegeben werden, verlaufen verschiedene Gerüchte; aber nichts ist bestimmt. Einmal heißt es, sie kämen schon bald; das andere Mal erzählt man sich, der Herzog gehe mit dem festen Plane um, die Söhne unseres Landes unter östreichischen Schutz zu geben, sie also im Wege des Abkommens wieder als Soldaten in Aktivität zu bringen. Das Letztere kann nimmermehr der Fall sein, denn dafür hat unser gewesener Herzog das Land, welches er 27 Jahre lang regierte, denn doch noch zu lieb, als daß er einen solchen Handel eingehen könnte. Ueberall hat man gewissermaßen Mitleid zu der eigenen Person des Herzogs Adolph; und man weiß es nur zu gut, daß an seinem Schicksale zunächst die „guten Rathgeber“, die sich um ihn versammelten durften, die Schuld tragen. — Hier in Wiesbaden gab es im Laufe des heutigen Tages allerlei Neuigkeiten. Die Schilderhäuser am herzoglichen Palais sind weggenommen und diejenigen an den Kasernen schwarz-weiß angestrichen worden. Auf mehreren öffentlichen Gebäuden weht bereits die preussische Fahne.

Neuß. Aus Vera schreibt die „D. A. Z.“: Wie man hört, soll die Fürstin Karoline von Neuß-Greiz eine Kriegskontribution von 60,000 Thln. an Preußen zahlen. Es ist dies gewiß nur billig, damit das kleine Dynastentum einseht, daß man nicht ungestraft eine anti-nationale Politik in habsburgischem Dienste treibt. Es ist aber nur zu wünschen, daß jene Kriegskontribution auch von dem Vermögen der Fürstin, welches ein sehr bedeutendes ist, und nicht von dem armen Ländchen erhoben wird. Die fürstliche Familie hat große Besitzungen in Oestreich, die Fürstin hat erst neulich die reiche Erbschaft ihres Onkels, des alten Landgrafen von Hessen-Homburg, angetreten, so daß ihr die Bezahlung von 60,000 Thlr. gar nicht schwer fallen wird. Man darf wohl erwarten, daß die Königl. preussische Regierung, die erklärt hat, nur mit den ihr feindlichen Regierungen nicht mit den Bevölkerungen Krieg zu führen, bei den Friedensstipulationen darauf Rücksicht nimmt, zumal da in Neuß-Greiz keine Spur von Volksvertretung existirt, die bei dieser Frage mit sprechen und etwa das fürstliche Vermögen später in Mitleidenschaft ziehen könnte. Uebrigens hoffen viele Greizer, und es wäre dies auch gewiß das Beste, daß Preußen das Ländchen anektirte.

**Schleswig-Holstein.**

Altona, 23. August. Der „A. M.“ berichtet: „Bekanntlich wurden im Jahre 1864, als Vorbereitung einer zu gründenden schleswig-holsteinischen Armee, von Altonaer Schneidermeistern einige Tausend Uniformen angefertigt, welche bisher im hiesigen Schneideramthause aufbewahrt wurden. Am Dienstag Abend nun traf der Oberpräsidial-

Spaß, der Himmel ist jetzt völlig eine Fontaine geworden und nun kommt der kühne Held zum Bewußtsein, daß eine schwere Stunde über ihn hereinbrechen wird. Er umwindet seinen Hut mit einem Schnupstuch, ruft verzweiflungsvooll nach Weib und Kind und giebt sich dann mit jenem oft bewährten Heroismus der Wuth der Elemente Preis. „Droschke ist nich“, wie der Berliner sagt; eine große Seele resignirt bald, denn in solchen entscheidenden Augenblicken scheinen die sonst so fahrberreiten Rossbändiger wie vom Erdboden verschwunden zu sein und sobald sie aus der Ferne auftauchen, werfen sich schon jene Zaghaften in ihre Arme, die zwar den Wuth besitzen, mehrere Thaler für die Heimfahrt zu bezahlen, aber nicht den weit höheren, den entsetzlichen Elementen zu tragen. Der echte Berliner jedoch denkt mit Schiller: „Und des Lebens Kämpfe stählen härter nur den harten Mann.“

Berlin erscheint freilich in den Sommermonaten nicht im Sonntagsputz; aber es ist auch lange nicht das Achenbrödel, zu dem man es gern stempelt. Besonders erfreuen wir uns im Sommer einer weit größeren Sicherheit und Harmlosigkeit; selbst der Thiergarten und der Friedrichshain bieten für unsere verlorenen Subjekte nicht mehr eine ruhige Sommerfrische, und von Zeit zu Zeit dringt die Polizei ganz unangemeldet in diese Stätten der Freiheit, um ihren Tribut für die Stadtvogtei zu erheben. — Die Reinigungsdienere, die das Leben der Residenz verschönern sollten, sind bis auf wenige Exemplare ausgestorben. Nur unter den Linden sitzt noch ein öffentlicher Wächter und blickt vorwurfsvoll auf die bestaubten Stiefel, die schamlos weiter schreiten, ohne sich um die kleine Bank zu kümmern, auf der ihnen ein neues, glänzendes Dasein bereitet werden könnte. Während die Reinigungsdienere so schnell eine fragwürdige Existenz angenommen haben, scheint die Expres-Kompagnie, das veredelte Dienstmänner-Institut, immer mehr das bereits sehr wandelnde Vertrauen wieder zu gewinnen. Die rothen Dienstmänner finden bereits bei den verschiedenen Vorkommnissen des Lebens eine passende Verwendung. Man braucht sie als lebendige Mahnzettel und schickt sie täglich faulen Zahlern zu, sie werden zu Trauzeugen benutzt und ergänzen in schwarzer Kleidung das etwa fehlende Trauergesolge.

Gelehrter Hoes hier ein, begab sich in Begleitung des Polizeimeisters und des Oberoffizianten Brumm nach dem genannten Amthause und verfügte die Konfiskation dieser Militäreffekten. Eine Polizeiwache wurde in das Schneideramthaus gelegt, und gestern Morgen der Transport der vorgefundenen Sachen nach der Kaserne in der Feldstraße unter polizeilicher Aufsicht von Arbeitsleuten vollführt. „Wie die „A. M.“ hören, waren die Uniformen mit 35,000 Mk. Wlo. gegen Feuergefahr versichert. Außer 1500 Röcken und 750 Hosen wurden fertige aber noch nicht augenähte Achselklappen und ganze Stücke Tuch vorgefunden. Ein vollständiges Inventar der Sachen, die drei Wagenladungen ausmachten, ward sofort aufgenommen.“

Altona, 24. August. Außer der gemeldeten Beschlagnahme von Uniformstücken, Tuchen zc. am hiesigen Plage, werden auch aus Neumünster dergleichen vom „A. M.“ wie folgt berichtet:

Neumünster, 23. August. In der vorigen Nacht um 3 Uhr traf auf dem hiesigen Amthause ein von dem Ober-Präsidenten in Kiel abgeschickter Courier ein. In Folge dessen begab sich um 4 Uhr Nachts der Amtmann von Stemann auf das Tuchlager des Herrn Westorf. Er ließ Herrn Westorf wecken und theilte ihm mit, daß er von dem Oberpräsidenten den Befehl erhalten habe, auf seinem Lager befindliche, von Kiel aus ihm zur Bewahrung anvertraute Effekten zu verriegeln. Herr Westorf soll hiergegen sofort Protest erhoben und erklärt haben, daß auf seinem Lager außer eigenen Vorräthen nur Tuche lagerten, die einer Hamburger Firma gehörten. Herr v. Stemann verlangte die betreffenden Papiere zu sehen, die Herr Westorf ihm vorlegte. Der Amtmann nahm dieselben zu sich und ließ nichts desto weniger die Verriegelung vornehmen; es werde, so erklärte er, ein Obergerichtsrath eintreffen, der die Sache untersuchen werde. Die verriegelten Tuche sollen einen Werth von 50,000 Thalern haben; unter welchem Titel dieselben vorläufig mit Beschlagnahme belegt sind, weiß man nicht. Sie sollen ursprünglich von Geldern der freiwilligen Anleihe von 1863 angeschafft sein; man vermutet, daß eine Denunziation dem Verfahren zu Grunde liege.

**Großbritannien und Irland.**

London, 25. August. Aus Point de Galle vom 15. August wird aus Shanghai vom 25. Juli gemeldet, daß in Corea zwei französische Bischöfe und sieben Priester gemordet worden sind. — In Japan war zwischen den Prinzen ein Bürgerkrieg ausgebrochen.

**Frankreich.**

Paris, 23. August. General Angelini, welcher das Schreiben Viktor Emanuel's, worin derselbe in Beantwortung des kaiserl. Briefes die Rückabtretung Venetiens annimmt, hiehergebracht, ist vorgestern hier eingetroffen. Man glaubt, die Veröffentlichung beider Briefe werde morgen oder übermorgen im „Moniteur“ erfolgen. In Folge einer gestern hier eingetroffenen telegraphischen Depesche aus Wien hat General Menabrea in Begleitung seines Adjutanten sich nach der östreichischen Hauptstadt begeben, wo auch Graf Barral aus Prag erwartet wird. Das östreichische Kabinet soll seine Bereitwilligkeit zur Herbeiführung einer raschen Verständigung deutlich an den Tag gelegt haben. So sieht man denn auch dem Friedensschlusse zwischen Oestreich und Italien baldigst entgegen. — Von der Reise des Kaisers nach Biarritz wird erzählt, diese sei noch nicht festgesetzt und daß Napoleon die Kaiserin und den kaiserl. Prinzen vorausreisen lassen und ihnen erst später nachfolgen werde.

— Das Gerücht, Fürst Metternich habe seine Entlassung eingereicht, ist wieder stark verbreitet.

— Der Kaiser empfing am Montage eine Deputation, die den Auftrag hatte, ihm eine von zweihundert und einigen „Notabeln“ der Stadt Venedig unterzeichnete Adresse zu überreichen. Die Unterzeichner verlangen, daß Venetien zu einem Vizekönigthum mit einem französischen Prinzen an der Spitze erhoben werde. Zur Unterstützung ihres Gesuchs behaupten sie, daß die Annexion bisher weder der Lombardie noch den übrigen italienischen Provinzen Segen gebracht habe. Im Uebrigen wird gegen die Säkularisation der Kirchengüter, gegen die Anstellung piemontesischer Beamten u. s. w. protestirt! Natürlich wird diese Adresse keinen Erfolg haben, was selbst die Mitglieder der Deputation sich nicht mehr verhehlen. Alle Gerüchte, die über die Bedingungen umgehen, unter denen die Abtretung Venetiens erfolgen soll, werden von der „Patrie“ für falsch erklärt: „Der Kaiser Franz Joseph hat dem Kaiser Napoleon III. Venetien direkt abgetreten und direkt wird es der Kaiser Napoleon denn auch dem König Viktor Emanuel abtreten. Die Maßregeln zur Ausführung, die späterhin getroffen werden könnten, würden von der Regierung in Florenz ausgehen.“

Strasburg, 24. August. Bekanntlich wurden vor Beginn des Krieges die Weine der herzoglich nassauischen Keller nach Strasburg gebracht. Heute, wo Preußen das nassauische Gebiet anektirt hat, reklamiert dasselbe diese Weine und hat auf dieselben Beschlagnahme legen lassen.

Auch beim Aufsuchen der Wohnungen machen sie sich nützlich. Sie müssen dann die heraushängenden Zettel prüfen, bei den Wirthen nähere Erkundigungen über die Höhe der Mithen u. dergl. einziehen und dann Bericht erstatten. Welch interessante Memoiren werden diese Leute einmal schreiben können, wenn sie zur Feder greifen! Manche von unsern Zeitungen sehen ohnehin aus, als ob dabei nur Dienstmänner die Feder führten.

Berlin beginnt sich allmählich wieder zu fühlen, der Länderzuwachs zur preussischen Monarchie ist hier mit ganz besonderer Befriedigung aufgenommen und man ist deshalb auf einen Theil unserer fortschrittlichen Abgeordneten sehr übel zu sprechen, die jetzt noch die Parteinteressen über die des Vaterlandes stellen wollen. Wo es die Macht und Größe des Vaterlandes gilt, da ist Einigkeit doppelt noth und während Preußen den ohnehin schwierigen Prozeß durchzumachen hat, die jetzt erworbenen Länder mit dem preussischen Staatsorganismus zu assimiliren, müssen alle kleintlichen parlamentarischen Kämpfe schweigen. Diese Ansicht macht sich ganz entschieden in unserer Hauptstadt geltend und wenn die jetzt so entschieden konservativ gewordenen Fortschrittler auf ihrem trostlosen Standpunkte beharren, dann bringen sie die liberale Sache ernstlich in Gefahr. Und schon jetzt befindet sich die Fraktion der Fortschrittspartei in völliger Auflösung; ein Theil ihrer Mitglieder, die politisch gebildet genug, um das Ministerium unter allen Umständen zu unterstützen, ist schon ausgeschieden und dies wird wohl auch den Rest zur Vernunft bringen.

Doch was härt mich die Politik und die langweilige Adressverhandlung. Rings um mich ist ja grüne Weide, warum sollte ich mich leichtsinnig in das düstere, sonnenlose Haus am Dönhofsplatz verirren. Opern- und Schauspielhaus sind eröffnet. Dorn und Blüthe in einem Worte! Während uns das Opernhaus mit seinen klingenden Blüten überschüttet und uns die zartesten Düfte zur Seele schickt, drückt uns der Mufentempel am Gendarmenmarkt nur zu oft ästhetische Dornen in das Herz. Mit Meyerbeers „Propheten“ wurde das Opernhaus eröffnet und Wachtel als „Johann v. Leyden“ mit dem alten stürmischen Enthu-

**Italien.**

Florenz, 20. August. General Angelini ist gestern von Padua abgereist, um dem Kaiser der Franzosen einen Brief Viktor Emanuel's als Antwort auf das neulich angelangte kaiserliche Schreiben zu überbringen. Der Inhalt des letzteren bezog sich wesentlich auf die Art der Abtretung Venetiens, und es scheint, daß das persönliche Dazwischentreten des Kaisers Italien die Demüthigung erspart, welche einige seiner Minister dem befreundeten Königreiche zugebracht hatten.

— Aus Florenz, 22. August, sagt ein Telegramm, daß 2500 italienische Gefangene in Wien angekommen seien, und daß die Oestreicher ununterbrochen fortfahren, aus Venedig Alles wegzuschleppen, was sie der italienischen Regierung nicht gönnen.

Florenz, 25. August. Der Friedensvertrag zwischen Preußen und Oestreich enthält über die italienische Frage folgenden Artikel: In Ausführung des Artikels 6 der Friedenspräliminarien in Nikolsburg und nachdem der Kaiser Napoleon durch seinen Gesandten am 29. Juli in Nikolsburg official erklärt ließ, daß, was Frankreich betrifft, sei Venetien für Italien erworben, um es demselben im Frieden zu übergeben, tritt der Kaiser von Oestreich dieser Erklärung bei und giebt zur Vereinigung des lombardisch-venetianischen Königreichs mit dem Königreich Italien seine Einwilligung ohne andere beschwerende Bedingungen, als die Liquidation der Schulden, welche in Uebereinstimmung mit dem vorhergegangenen Züricher Frieden als auf den abgetretenen Ländern haftend, anerkannt worden sind.

**Rußland und Polen.**

Petersburg, 26. August. Die Kriegesgerichte der südwestlichen Gouvernements mit Ausnahme von Kiew sind aufgehoben worden. — Bei einem zu Ehren der hier anwesenden amerikanischen Notabilitäten veranstalteten Fezt im Club „Gegenseitige Unterstützung“ brachte der amerikanische Marine-Sekretär Fox einen Toast aus, in welchem er sagte, daß Amerika jederzeit bereit sein werde, Rußland die Hand zur Unterstützung zu bieten, wo sich dazu Veranlassung darbieten sollte. (W. B. Z.)

Von der polnischen Grenze, 23. August. Die gemäßigten demokratische Partei der polnischen Emigration hat nach langen und heftigen Kämpfen endlich ihre Einigung zu Stande gebracht. An der Spitze derselben steht ein aus 7 Mitgliedern bestehendes Central-Komitée, das seinen Sitz in Paris hat, und dessen Präsident der bekannte ehemalige Insurgenten-Chef Bofal-Hauke ist. Als Organ der demokratischen Bewegung erscheint seit dem 11. d. M. in Venedig bei Zürich drei monatlich eine Zeitschrift unter dem Titel „Niezpodleglosc“ (Unabhängigkeit). Die sozial-demokratische oder Mikrowslawische Partei hat den Beitritt zu der Vereinigung abgelehnt und sucht ihr aus allen Kräften entgegen zu wirken. — In der Stadt Rapperswyl, im Kanton St. Gallen, ist Ende v. M. durch einen polnischen Emigranten, Kisowski, das Rathhaus, in welchem derselbe wegen eines Straßen-Skandals sich in Haft befand, muthwillig in Brand gesteckt und so in Asche gelegt worden. Der Brandstifter benutzte, unterstützt von anderen polnischen Emigranten, die durch das Feuer entstandene Verwirrung zu einem Fluchtversuch, wurde aber bald ergriffen und sieht jetzt im Gefängniß zu St. Gallen seiner Aburtheilung durch das Schwurgericht entgegen. Dieser Vorfall hat im Kanton St. Gallen eine allgemeine Entrüstung gegen die polnischen Emigranten hervorgerufen, am stärksten in Rapperswyl. Während des Brandes konnten die sich dort aufhaltenden Emigranten nur durch ihre Verhaftung der Volkswuth entzogen werden. Viele Emigranten haben in Folge dessen den Kanton St. Gallen verlassen. — Die Zahl der aus Bayern ausgewiesenen Emigranten ist in schweizerischen Blättern mit 400 viel zu hoch angegeben worden. Sie beträgt höchstens 150, indem die Maßregel der Ausweisung sich nur auf diejenigen Emigranten erstreckt, welche nicht arbeiten und ihr Brod auf ehrliche Weise verdienen wollen. (Dtsk. Z.)

**Dänemark.**

Kopenhagen, 20. August. der Marine-Minister, Drlogskapitain Grove, ist auf einer Urlaubsreise im Bade Saxon in der Schweiz gestorben.

**Amerika.**

Newyork, 9. August. Die Großjury in Windsor (Vermont) hat die Feniergenerale Sweeney, Spear und Meehan in Anklagestand versetzt. — Nach Mittheilungen aus New-Orleans in der „Newyork Tribune“ sind bei dem Aufbruch über 100 unions-treue Bürger um's Leben gekommen und gegen 300 verwundet worden, während auf der anderen Seite nur ein Bürger und ein Polizist umgekommen und einige

fiasmus begrüßt. Das Schauspielhaus begann recht bedeutungsvoll den Reigen mit Schillers „Tell“, dieser freiheitsjubelnden, unsterblichen Dichtung. Wie jene wackeren Schweizer hatte ja auch das preussische Volk eben erst habsburgische Fesseln abgestreift und auch wir konnten über die lang ersehnte kühne That hoch aufjubeln. Leider ließ die Aufführung viel zu wünschen übrig. Seit dem Abgange Hendrichs' hat die Hofbühne noch keinen geeigneten Repräsentanten für die Rolle des Tell gefunden und die Rolle Desfours, dessen „Gefler“ zu seinen bedeutendsten Leistungen gehört, war in noch schwächeren Händen.

Und während das Theater ein kümmerliches Leben fristet, winkt unserm Opernhause ein noch schönerer Frühling. Mit der Annexion Hannovers wird wohl auch endlich die Tenorfrage entschieden sein, die unserm Intendanten so viel Schwierigkeiten bereitete. König Georg von Hannover borgte uns nur immer widerwillig seinen berühmtesten Tenoristen, den großen Niemann; oft wurde der Sänger mitten aus einem Gastspiel zurückgerufen und wir hatten dann das Nachsehen. Auch diese Schmerzen wären wir also los. Und das Viktoria-Theater verspricht uns fogar zum Herbst eine italienische Oper. Die kleinen Theater dagegen hinken noch immer mit pöffenhafter Nüchrigkeit den Kriegereignissen nach und während sie „Alles mobil“ aufführten, waren sie in der ganz entgegengesetzten Verfassung. Jetzt beginnt sich schon der Fremdenverkehr zu heben und das Leben in der preussischen Hauptstadt nimmt wieder eine lebhaftere Färbung an. Es werden bereits die ernstlichsten Anstalten getroffen, um die Sieger glänzend und heiter zu empfangen, und aus allen Provinzen haben sich schon Gäste angemeldet, um hier dem Viktoriafeste beizuwohnen, das an Großartigkeit alle früheren Feste zu übertreffen verspricht. Ist doch Berlin auf dem besten Wege, nicht nur eine Welt-, sondern auch eine Parlamentsstadt zu werden und die preussische Hauptstadt wird alles thun, um sich dieser neuen Ehre würdig zu machen. Ludwig Habicht.

wenige Individuen verwundet worden seien. — In einem Briefe an General Howard aus Vicksburg heißt es u. A.: Die Zustände in diesem Lande verschlimmern sich von Tag zu Tag. Mord von Freigelassenen ist ein ganz gewöhnliches Vorkommniß. Wenigstens 30 solcher Mordthaten sind in unserer Grafschaft in den letzten 6 Wochen vorgekommen. General Howard, eben aus Texas zurück, hatte am 8. d. eine Konferenz mit dem Präsidenten. Das Land soll sich in einem höchst demoralisirten Zustande befinden.

Newport, 23. August. Präsident Johnson hat die Prozesse gegen die Femer fallen lassen. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß man es dort für sicher halte, daß der Kaiser Maximilian mit einer starken Leibwache aus österreichischen Truppen sich bald nach Europa einschiffen werde. Auf der anderen Seite wird jedoch behauptet, daß Marshall Bazaine sich dem nöthigenfalls mit Gewalt widerlegen würde.

### Vom Landtage.

#### Haus der Abgeordneten.

(9. Sitzung vom 25. August.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Ministertisch: Graf Zdenk, v. Selchow, Banpräsident v. Dechend, später der Finanzminister v. d. Hempt. Die Erbillnen sind gefüllt.

Präsident v. Forckenbeck verliest folgendes, ihm gestern spät Abends zugegangenes Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 23. d. M. nach eingeholter Allerhöchster Bestimmung ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät die zur Ueberreichung der Adresse des Hauses der Abgeordneten gewählte Deputation morgen, Sonnabend den 25. d. M., Mittags 2 1/2 Uhr im hiesigen königlichen Palais zu empfangen geruhen wollen.“

Der Abg. v. Sauten ist in das Haus eingetreten und in die 2. Abtheilung verlost worden.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Stammkapitals der preussischen Bank um 5 Millionen Thaler. Eine Generaldiskussion findet nicht statt.

Zu §. 1 der Vorlage hat Niemand das Wort verlangt; da auch der Referent darauf verzichtet, wird der §. 1 einstimmig angenommen. Derselbe lautet:

Der Chef der Bank ist ermächtigt, eine Erhöhung des Einrückkapitals der Bankanttheils-Eigner um fünf Millionen Thaler anzuordnen. In diesem Falle treten in Stelle der, im §. 11 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846 (Gesetzsammlung S. 435) vorbehaltenen anderweitigen Regulirung des Theilnahme-Verhältnisses des Staats- und der Bankanttheils-Eigner am Gewinne der Bank folgende Bestimmungen in Kraft:

- 1) Der Reservefond (§. 18 der Bankordnung) soll 30 Prozent des Einrückkapitals der Bankanttheils-Eigner nicht übersteigen. Wenn der Gewinn bei Verlaufe der Effektenbestände der Bank — §. 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1856 (Gesetzsammlung S. 342) — und das nach §. 6 Nr. 1 desselben Gesetzes für den Reservefond bestimmte Sechstheil des reinen Gewinnes der Bank in einem Jahre mehr beträgt, als zur Ergänzung des Reservefonds bis zu 30 Prozent des Einrückkapitals der Bankanttheils-Eigner erforderlich ist, so soll der Mehrbetrag der Dividende ausfallen.
- 2) Ein bei Vermehrung des Einrückkapitals der Bankanttheils-Eigner einkommendes Aufgeld fließt zum Reservefonds.
- 3) Die Eigner der über die fünf Millionen Thaler auszufertigenden Bankanttheilscheine haben gleiche Rechte mit den Bankanttheils-Eignern.
- 4) Sofern die Vermehrung des Einrückkapitals der Bankanttheils-Eigner um fünf Millionen Thaler gegen ein von der Bankverwaltung festzusetzendes Aufgeld geschieht, soll den am Tage der beschlossenen Vermehrung des Einrückkapitals in den Stammbüchern der Bank eingetragenen Bankanttheils-Eignern ein innerhalb eines Monats nach der durch Uebergabe rekommandirter Briefe an die Post erfolgten Aufforderung geltend zu machendes Vorkaufsrecht in der Art zustehen, daß jedem Bankanttheils-Eigner auf je drei ihm geborige Bankanttheile gegen Einzahlung von Eintausend Thalern nebst Aufgeld ein neuer Bankanttheil ausgetauscht wird.“

Zu §. 2 („der Minister für Handel u. f. w. ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt“) erhält das Wort:

Abg. Michaelis: W. H. Unter den Motiven für die Vorlage findet sich der Hinweis auf die Erweiterung der Geschäfte der Bank auf das erweiterte Gebiet des preussischen Staates. Es dürfte von Interesse sein, wenn der Herr Minister uns darüber Auskunft geben wollte, ob er von der Ansicht ausgeht, daß die Ausdehnung der Filiale der Bank schon auf die Gebiete erfolge, welche auf Grund der neulich eingebrachten Vorlage, auf Grund des Art. 55 der Verfassung, mit der Monarchie verbunden sind, oder ob er die Ausdehnung der Filiale auf diese Gebiete erst dann für gerechtfertigt erachtet, wenn eine wirkliche Inorporation der Gebiete in den preussischen Staat erfolgt ist.

Regierungskommissar v. Dechend: Die Vorbereitungen für eine Bankanstalt, wo sie auch errichtet werden soll, verlangen einen gewissen Zeitraum, um bauliche und anderweitige Einrichtungen zu treffen. Die Regierung glaubt, daß in dem dazu nöthigen Zeitraum von 4—6 Wochen auch hier der Beschluß über die Vereinigung jener Länder mit der preussischen Monarchie gefaßt sein wird.

Handelsminister Graf v. Zdenk: Meine Ansicht ist die, daß, sobald jene Vereinigung Gesetz geworden sein wird, in den betreffenden Landes- theilen vorgegangen werden soll, soweit die gewerblichen und anderweitigen Verhältnisse es empfehlenswerth erscheinen lassen; natürlich kann das erst dann geschehen, wenn die Vereinigung Gesetz geworden ist.

Abg. Sartorius: W. H. Die Privilegien der Bank werden erweitert. Ich kann nur den Wunsch daran knüpfen, daß der Herr Minister die Gewogenheit habe, auch die Privatbanken in angemessener Weise zu erweitern. Ich finde nichts darüber erwähnt von Seiten des Hrn. Referenten.

Abg. Michaelis: Ich glaube, m. H., die Sache eignet sich hier nicht zur Diskussion. Es würde aber vor das Forum der betreffenden Kommission gehören, ob eine Vereinigung dieser Gebiete auf Grund des Art. 55 der Verfassungsurkunde hinreicht, um die Bank in den Stand zu setzen, auf Grund der Bankordnung dort eine Filiale zu errichten.

Abg. Graf Schwerin: Als Mitglied jener Kommission habe ich dem Herrn Vorredner zu erwidern, daß die Kommission jene Punkte bereits ins Auge gefaßt hat und sich darüber schlüssig machen wird, ob es zweckmäßig ist, die Regierungsvorlage, wie sie liegt, dem Hause zur Annahme vorzulegen, oder, ob es geboten sein würde, noch auf eine engere Verbindung der Landes- theile hinzuwirken, wie sie dieser Gesetzentwurf in Aussicht stellt; daß also der Bred. den der Herr Abg. Michaelis mit seiner Anregung verfolgt, auch in jener Kommission nicht außer Acht gelassen wird.

Ref. Abg. Röpell, schließt sich der Ansicht des Hrn. Ministers an. §. 2 wird darauf einstimmig angenommen, ebenso der ganze Gesetzentwurf.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über die Verordnung vom 7. Juni 1866, betreffend die Zuweisung der in den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg stehenden Truppen zum ersten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Potsdam für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Der Antrag des Referenten Abg. Dr. Sohn (Lubian) geht dahin: „Das Haus der Abgeordneten wolle der auf Grund des Art. 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 erlassenen Verordnung die Genehmigung erteilen.“

Das Haus tritt diesem Antrage ohne Diskussion bei.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Talons zu den Rentenbriefen und zu den Schuldverschreibungen der Paderborn'schen und der Eichsfeld'schen Tilgungskasse. Nach einem kurzen Referat des Abg. Rieger (Berlin) wird die Vorlage ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

Der vierte Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über die auf Grund des Art. 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 erlassene Verordnung vom 10. April 1866 wegen Abänderung der Tarifsätze für Ruder.

Referent Abg. Röpell motivirte seinen Antrag: Das Haus wolle der Verordnung nachträglich die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, mit wenigern Worten. Der Antrag wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über die auf Grund des Art. 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 erlassene Verordnung vom 12. Juni 1866, betreffend die Verlegung des gesetzlichen Umfahlssterms in Neu-Vorpommern für das Jahr 1866.

Nachdem Korreferent, Abg. Hinrichs, den Antrag kurz motivirt, wird derselbe ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgten als letzter Gegenstand der Tagesordnung Wahlprüfungen. Es übernahm das Präsidium Vicepräsident Stavenhagen.

Abg. Rieger (Berlin) referirt für den Wahlbezirk Königsberg-Fischhausen. Es sind dort gewählt die Herren Dr. Kösch, Döberbeck und Forderbeck. Die Gültigkeit der Wahl wird vom Referenten beantragt und vom Hause angenommen.

Als Referent der 3. Abtheilung berichtet über die Wahlen im 9. Königsberger Wahlbezirk Abg. v. Waldow: Gewählt sind hier die Herren v. Beslow und Koble. Gegen die Gültigkeit der Wahl ist von mehreren Wahlmännern jenes Bezirks ein Protest eingegangen, der sich stützt auf die mangelfhafte Auslegung der Urwählerlisten, auf die ungleichmäßige Steuer-Einschätzung und namentlich auf die Zerreißung der Urwahlbezirke. Die Abtheilung beantragt die Wahl der Abgeordneten v. Beslow und Koble für gültig zu erklären, jedoch hinsichtlich der Beschwerde über die Zerreißung der Urwahlbezirke die Akten der Petitions-Kommission zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Es befürwortet diesen Antrag Abg. Dr. Lünig, der eine Menge einzelner bei der Wahl stattgehabten Unzulänglichkeiten anführt. So ist von dem Bezirks-Kommando in Bartenstein den unter demselben stehenden Truppen, der Linie wie der Landwehr, angeblich auf königlichen Befehl, die Theilnahme an den Wahlen verboten worden. Ich halte einen solchen königlichen Befehl für eine positive Unmöglichkeit und glaube vielmehr, daß der betreffende Kommandeur seine Ansicht hierüber sich in den königlichen Befehl übersezt hat. Bei Veranlassung ferner der Steuerlisten, ist bei der Einschätzung einzelner Wähler die Grundsteuer mit angerechnet, anderen nicht. Am wichtigsten sind die Beschwerden hinsichtlich der Eintheilung der Urwahlbezirke; und zwar sind zufällig gerade diejenigen Wahlbezirke zerrissen worden, die sonst liberal gewählt hätten; auch habe ich nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß diese Hindernisse lediglich aus technischen Schwierigkeiten resultiren könnten. So ist es dem gekommen, daß von 5 Wahlbezirken, die sonst liberal gewählt hätten, diesmal nur einer liberal gestimmt hat. Eine Ungültigkeitserklärung der Wahl beabsichtige ich zwar nicht zu beantragen. Da jedoch, wenn wir dieser Zerreißung der Urwahlbezirke freien Lauf lassen, leicht die ganze Bestimmung über die Eintheilung der Urwahlbezirke illusorisch werden könnte, so ist es nöthig, der königlichen Staatsregierung die Sache zur Remedur zu überweisen und empfehle ich Ihnen daher den Antrag des Herrn Referenten.

Abg. v. Niebelschütz: Die Vorwürfe, welche hier gegen die Landräthe gemacht werden, beruhen in den meisten Fällen auf ungenügender Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse. In Städten ist es sehr leicht, die Bezirke passend abzugrenzen, auf dem flachen Lande aber ist das etwas ganz Anderes, und wer das praktisch durchgemacht hat, wird es anerkennen. Es ist da zu berücksichtigen die sonstige Zusammengehörigkeit der Ortschaften, die Kommunikationswege, die Frage, ob ein passendes Wahllokal zu finden ist und vor Allem, ob passende Wahlvorsteher vorhanden sind u. f. w. Ich habe die Urwahlbezirke möglichst klein eingerichtet, so daß mit wenig Ausnahmen nur 3 Wahlmänner zu wählen waren, und die Meisten nur kurze und bequeme Wege zum Wahlort zurückzulegen hatten. Dadurch habe ich aber oft eine überschüssige Zahl ländlicher Wähler verloren und zu meinem großen Bedauern, wie ich glaube, konservative. (Heiterkeit.) Das entspricht auch nicht den gesetzlichen Vorschriften. Sie sehen, m. H., die Städte sind da eminent bevorzugt. Die Aufgabe ist auf dem Lande sehr schwierig und manchmal unlösbar; und ich glaube, daß wir vom grünen Tische aus, — oder das paßt ja hier nicht (Heiterkeit) — also von den roten Bänken aus, nicht im Stande sind, ohne die genaueste Kenntniß des Kreises zu beurtheilen, ob ein Landrath seinen Kreis geschickt oder ungeschickt eingetheilt hat. Wenn wir aber auch überzeugt wären, daß es hier und da hätte besser gemacht werden können, so bitte ich doch zu bedenken, daß es leichter ist zu kritisiren, als im Drange der Geschäfte die Anordnungen praktisch zu treffen. Wir müssen uns davor hüten, wenn uns Etwas nicht scheint, es als praesumptio juris aufzufassen, daß jeder Landrath parteiisch und tendenziös verfährt. (Bravo rechts.)

Abg. v. Hennig: W. H. Weit entfernt davon, anzunehmen, daß die Landräthe immer tendenziös verfahren — denn das wäre ja unrecht — kann ich doch in einem Falle, wie dieser ist, wo uns die Kreisliste mit den Eintheilungen vorliegt, das Verfahren, wodurch eine große Anzahl der Wähler in die Lage der Destreicher vor Preßburg gekommen sind, nicht entschuldigen, und der gebirte Herr Vorredner hätte wohl besser gethan, wenn er es nicht übernommen hätte, Etwas zu vertheidigen, was sich nicht halten läßt. (Ob! rechts.) Sie können anderer Ansicht sein, meine Herren, aber ich habe wohl das Recht, auch meine Meinung zu äußern. Wie soll denn eine Unregelmäßigkeit bei den Wahlen konstatiert werden, als durch Proteste? Wir dürfen diese Erfahrung nicht so unberücksichtigt lassen, und ich bin deswegen mit dem Antrage, weitere Ermittlungen der Petitionskommission zu überweisen, einverstanden. Ob es nicht richtiger wäre, eine Wahl, bei der solche meiner Meinung nach tendenziöse Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, für ungültig zu erklären, da so schwere Stände gegen die Wahlfreiheit vorliegen, — das will ich dahin gestellt sein lassen und keinen darauf bezüglichen Antrag stellen; aber das ist doch das Wenigste, daß wir den in ihrem Rechte Gebräukten möglichst zu ihrem Rechte verhelfen. Denn welchen Werth haben denn die Wahlen, wenn die Wähler in die Lage versetzt werden, ihr Recht gar nicht oder nur mit den größten Schwierigkeiten ausüben zu können?

Abg. Hauschke: Die Absicht der Kommission ist eine andere gewesen, als sie hier ausgeführt worden ist. Es sind die Unregelmäßigkeiten anerkannt, aber auch bemerkt worden, daß der Landrath nicht gebört worden ist, und ohne dies darf Niemand verurtheilt werden. Die Unregelmäßigkeiten sollten dem Hause mitgeteilt und die Sache der Petitionskommission, welcher ein Antrag vorliegt, die Willkür bei der Eintheilung der Bezirke gesetzlich zu beschränken, zu weiterer Ermittlung überwiesen werden. Gegen diesen Beschluß ist gefehlt worden.

Abg. Dr. Lünig: Der Bemerkung meines Vorredners gegenüber muß ich konstatiren, daß die Abtheilung beschloffen hat, den Protest mit den Akten der Petitionskommission zu überreichen, um dieselben bei Gelegenheit der Petitionen über die Feststellung der Wahlbezirke benutzen zu können. Es wird darauf zur Abstimmung geschritten und der erste Antrag der Kommission: „die Wahlen der Abg. v. Beslow und Koble für gültig zu erklären, einstimmig; der zweite Antrag, den Protest gegen die Eintheilung der Wahlbezirke der Petitionskommission zu überweisen, mit allen gegen die Stimmen eines großen Theils der beiden konservativen Fraktionen, angenommen.“

(Präsident v. Forckenbeck übernimmt den Vorsitz.)  
Darauf berichtet der Referent der zweiten Abtheilung, Dr. v. Proff-Jenich, über die Wahlen im Wahlkreis Lubian-Wehlau und beantragt die Gültigkeit der Wahlen der Abg. Larz und John (Lubian).

Abg. Hauschke: Schon in der Abtheilung habe ich den Antrag auf Ungültigkeitserklärung beider Wahlen gestellt und muß denselben auch hier wiederholen. Der Herr Referent hat schon erwähnt, daß ein Protest von zwölf Personen eingegangen ist, und daß er selbst in Folge dessen die Wahlen zweier Wahlmänner für ungültig erachtete; einer ist nämlich durch das Loos gewählt worden, ohne daß vorher eine engere Wahl stattgefunden hat; bei dem zweiten hat zwar eine engere Wahl stattgefunden, aber entgegen der Wahlordnung, zwischen mehr als der doppelten Anzahl der zu Wählenden. In solchen Fällen hat das Haus bisher immer die Ungültigkeit der Wahlen ausgesprochen. — Dazu kommt aber noch, daß aus den Städten Wehlau und Lubian Proteste vorliegen, wonach der §. 4. der Verordnung vom 31. Mai 1849 dort nicht ausgeführt worden ist, durch welchen bestimmt wird, daß auf die Vollzahl von 250 Seelen ein Wahlmann gewählt werden soll. In Wehlau haben aber nur drei Bezirke von sechs diese Zahl erreicht, in Lubian nur ein; in Wehlau sind nämlich von 748 Seelen drei Wahlmänner gewählt worden, und in zwei Bezirken je vier Wahlmänner, ohne daß die Seelenzahl von 1000 erreicht war, sondern nur die Zahlen 947 und 961. — Wenn nun die Eintheilung der Wahlbezirke eine andere gewesen wäre, so wäre jedenfalls ein ganz anderes Resultat erreicht worden. Da nun durch diese Eintheilung ein Gesetz ausdrücklich verlegt worden ist, so müssen sämtliche 18 Wahlen in Wehlau kassirt werden; denn dies aber geschieht, so hat keiner von den beiden dort gewählten Abgeordneten die absolute Majorität. — Ich bitte deshalb, die Wahlen beider Abgeordneten für ungültig zu erklären.

Abg. Larz: (Für den Antrag der Abtheilung.) Der Herr Vorredner hat seine Deduktion für die Ungültigkeitserklärung der beiden Wahlen darauf gestützt, daß in Wehlau und Lubian in einem Wahlbezirk nicht die volle gesetzliche Zahl von Wählern vorhanden war. Dabei ist die einfache

Frage nur die: Wie viel Wahlmänner sind gewählt und wie viel hätten gewählt werden dürfen? Wenn man diese Fragen aber genau erwägt, wird man zu dem Resultate kommen, daß höchstens 4 Wahlmännerwahlen zu kassiren sind, und zwar aus der zweiten Abtheilung, da diese zu viel gewählt sind; man kann aber doch unmöglich auch die erste und dritte Abtheilung dafür strafen, daß in der zweiten ein Wahlmann zu viel gewählt ist. — Sind aber nur vier Wahlen ungültig, so haben beide Abgeordnete noch die erforderliche Majorität. — Diejenigen, welche die Ungültigkeitserklärung der Wahlen wünschen, fügen ferner auf einem Proteste des Wahl-Kommissarius selbst. — Der Herr Wahl-Kommissarius hat nämlich einen Protest von Urwählern gegen die Wahl einiger Wahlmänner bei Gelegenheit des Wahl-Aktes der Abgeordneten nicht nicht vorgebracht, obgleich dies seine Pflicht gewesen wäre. Da nun aber ein Abgeordneter von seiner Partei nicht die Majorität erlangt hat, petitionirt er jetzt um Abhilfe gegen sein eigenes Verfahren, (hört! hört!) und möchte deshalb die Wahlen für ungültig erklärt wissen, (hört! hört!) Meine Herren! Auf einen solchen Protest, das liegt wohl klar auf der Hand, ist doch sehr wenig zu geben. — Ich bitte deshalb, die Wahlen beider Abgeordneten für gültig zu erklären.

Abg. Heise: Im vorliegenden Falle ist mehrfach gegen positive Bestimmungen der Wahlverordnung gefehlt worden, und es läßt sich gar nicht übersehen, wie die Abstimmung bei einer andern Eintheilung der Wahlbezirke ausgefallen wäre. Die Wahlen müssen deshalb für ungültig erklärt werden. — Was den Protest des Wahlkommissarius anbelangt, den der Abg. Larz erwähnte, so ist es doch wohl sehr leicht möglich, daß der Wahlkommissarius erst später eingelehen hat, daß er nicht richtig verfahren hat.

Abg. Schulze (Berlin): Meine Herren! Ich glaube, daß eine kurze Bemerkung genügt, um den Sachverhalt klar darzulegen. Das Gesetz bestimmt nicht, daß Wahlbezirke von nur 967, resp. 947 Urwählern überhaupt nicht wählen dürfen, sondern, daß sie nur 3, nicht aber 4 Wahlmänner zu wählen haben. Im vorliegenden Falle ist also nur 1 Wahlmann zu viel gewählt; dieser eine Wahlmann kann also nur ungültig gewählt sein, nicht alle. Nachdem die Abgg. Hauschke, Larz und der Referent, Abg. Dr. von Proff-Jenich, nochmals replicirt, wird zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Antrag der Kommission, die Wahl des Abg. John-Lubian für gültig zu erklären; dafür erheben sich die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die polnische und katholische Fraktion und ein Theil der Altliberalen; dagegen die beiden konservativen Fraktionen und der größte Theil der Altliberalen und auch v. Vinke (Hagen). — Da das Bureau über die Majorität zweifelhaft ist, wird zur Stimmzählung geschritten, und es ergibt sich, daß für die Gültigkeit gestimmt haben 160, gegen dieselbe 128; darauf wird mit derselben Majorität auch die Wahl des Abg. Larz für gültig erklärt.

Abg. Leise berichtet über den ersten Königsberger Wahlbezirk Memel-Heidekrug, wo die Herren Landrath Degen und Landrath Dr. Schulz gewählt worden sind. Es sind zwei Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl eingegangen, die sich theils auf formelle Verstöße beziehen — so ist von dem Landrath des Kreises Heidekrug der Polizeiverwalter angewiesen, den Wählern nicht Einsicht in die ganzen Urwählerlisten zu gestatten, sondern Jedem nur seinen eigenen Namen zu zeigen — theils darauf, daß auf verschiedene Personen amtliche Wahlbeeinflussungen stattgefunden hätten. Referent fährt in dieser Beziehung einzelne besonders auffallende Fälle vor. So verliest er ein Schreiben eines königlichen Polizeiverwalters H. Müller an einen gewissen Kammergänger, in welchem dieser aufgefordert wird, für die Wahl des konservativen Wahlkandidaten zu wirken und nicht etwa Jemand anders zu wählen. „Es würde letzteres“, schließt das Schreiben, „Ihnen sehr übel geendet werden.“ Ferner hat der Landrath, Wahlkommissarius und Abgeordnete Dr. Schulz an verschiedene ihm untergeordnete Schulzen Schreiben folgenden Inhalts erlassen: „Die Ortschaft so und so hat als Wahlmänner zu wählen in der dritten Abtheilung (folgen die Namen), in der zweiten Abtheilung (desgl.), in der ersten Abtheilung (desgl.).“ Unterchrift: Der königl. Landrath Dr. Schulz.“ Von den so designirten Wahlmänner-Kandidaten sind 6 gewählt worden, die dann später sämmtlich dem Herrn Dr. Schulz bei der Wahl zum Abgeordneten ihre Stimme gegeben haben. Werden diese 6 und außerdem 10 andere aus ähnlichen Gründen für ungültig zu erklärende Wahlmänner-Stimmen von der Gesamtzahl derjenigen, die bei der Abgeordnetenwahl ihre Stimmen abgegeben haben, abgezogen, so hat der Abg. Degen 2 Stimmen unter der absoluten Majorität. Es haben nämlich gestimmt im Ganzen 320 Stimmen, die absolute Majorität beträgt 161, davon hat erhalten Abg. Degen 167 Stimmen. Zieht man die 16 für ungültig zu erklärenden Stimmen von der Gesamtzahl von 320, so wie von den auf Herrn Degen gefallenen 167 Stimmen ab, so bleiben 304 resp. 151 Stimmen. Herr Degen hat also 2 Stimmen unter der nunmehrigen absoluten Majorität von 153. Der Abg. Dr. Schulz dagegen hat auch nach Abzug jener 16 Stimmen noch 2 Stimmen über absolute Majorität. Die Abtheilung beantragt daher: 1) die Wahl des Landraths Degen für ungültig zu erklären, 2) die Wahl des Landraths Dr. Schulz bis nach vernommener Begenaussage mehrerer zu vernehmenden Schulzen zc. zu beanstanden.

Abg. Dr. Westarp: W. H. Die Minorität der zweiten Abtheilung ist der Ansicht, daß beide Wahlen für gültig anzuerkennen sind, denn die Proteste scheinen nicht ganz sachgemäß zu sein. Von Beeinflussungen wird gesprochen das eine Mal auf Grund des vorgelesenen Schreibens des Landraths, welches aber nach dessen eigener, vor der Kommission abgegebenen Erklärung anders aufzufassen ist, da er als Kurator einer Stiftung, zu der die Ortschaften gehören, als Vertrauensmann von den Wählern bestraft worden sei; demgemäß sei er verpflichtet gewesen, den Leuten den seiner Ansicht nach richtigen Rath zu erteilen; wollen Sie das den Landräthen nicht gestatten, so müssen Sie sie bei der Wahl einsperren. (Heiterkeit.) Das Einzige, was dieser Erklärung zu widersprechen scheint, ist das Wort „hat“. Aber bei der großen Arbeitslast in jener Zeit konnte ein falscher Ausdruck wohl einmal vorkommen. Schenken Sie aber jener Erklärung keinen Glauben, so müssen Sie die Wahl beanstanden, um zuvor Beweis zu erheben; die Aufklärung ist aber unerheblich, da eine Beeinflussung gar nicht von Erfolg gewesen wäre, da man nach den vorliegenden Berichten höchstens 2 Wahlmännerwahlen als ungültig erklären könnte, deren Wegfall immer noch 1 Stimme über die absolute Majorität läge. Was das andere Ihnen vorgelesene Schreiben betrifft, so ist von einer Beeinflussung durch dasselbe keine Rede, da es nur an einen einzigen Privatmann, noch dazu an einen Parteigenossen gerichtet war, welchem man die Ansicht der konservativen Partei mittheilen wollte. Unserer Ansicht nach ist also keine einzige Wahl zu kassiren, und ich würde nicht, wie Sie, m. H., (links) den Vorwurf eines tendenziösen Parteimaneuvres vermeiden wollten, wenn Sie jenen Anträgen zustimmen. Bedenken Sie, daß wir am 3. Juli, dem Tage der Schlacht von Königgrätz gewählt sind, um hier einander die Hand zur Verhöhnung zu bieten. Ich vertraue fest, daß dies die letzte Tendenzstreitigkeit im Hause sein wird. (Bravo rechts.)

Es ist inzwischen ein Antrag auf Vertagung eingegangen, welcher hinreichend unterstützt wird.

Auf die Frage des Abg. Dr. Schwerin wird erwidert, daß der Grund der Empfang der Adredepotation bei Sr. Maj. dem Könige sei.

Schluss der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. L.-D.: Fortsetzung der Wahlprüfungen, Handelsverträge.

### Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 25. August.

Montag Vormittag hat die Kommission für das Reichswahlgesetz eine Sitzung; am Abend desselben Tages die Budgetkommission, um den Bericht ihres Referenten, Abg. Westarp, über die Inbennmittelsvertheilung und den Kredit für das Jahr 1866, festzustellen. Dieser Bericht wird wahrscheinlich schon am Dienstag in den Händen der Mitglieder des Hauses sein.

Berlin, den 26. August.

Die Kommission des Abgeordnetenhanwes zur Prüfung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preussischen Monarchie hielt am Montag Abend von 7 Uhr ab ihre zweite Sitzung. — Von Seiten des Staatsministeriums wohnten den Verhandlungen der, der Ministerpräsident Graf Bismarck mit dem Geh. Justizrath Abg. Wagener als Kommissarius.

Der Referent Abg. Kammergänger zog zunächst sein in der ersten Sitzung gestelltes Amendement zurück und brachte folgendes neue ein: „Wir Wilhelm zc. zc. verordnen zc. auf Grund des Art. 2 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat, was folgt: §. 1. Das Königreich Hannover, Kurfürstentum Hessen, Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden mit dem preussischen Staate für immer vereinigt.“

§. 2. Die Einführung der preussischen Verfassung und die definitive Regelung der sonstigen rechtlichen Beziehungen dieser Länder zu unserer Monarchie (Fortsetzung in der Beilage.)

die erfolgt mittelst besonderen Gesetzes, welches wir dem Landtag binnen Jahresfrist zur Genehmigung vorlegen werden.

S. 3. Unverändert. Nachdem er dieses Amendement in längerer Ausführung motivirt, gab er ein Resümee über die übrigen vorliegenden Amendements der Abg. v. Carlomig, Graf Schwerin, Frhr. v. Nordenskiöld, Bering, v. Bokum-Dolffs, Bassenge, Lette, Schulze (Berlin), welche sämmtlich eine sofortige Vereinigung der betreffenden Länder und Gebiete im Grund des Art. 2 der Verfassung wünschen, und sich im Wesentlichen außer der Fassung nur dadurch unterscheiden, daß die Amendements der Abg. Bassenge und v. Kirchmann sich für sofortige Einführung der preussischen Verfassung in den fraglichen Landestheilen aussprechen, die übrigen dagegen nur Suspension derselben auf längstens Jahresfrist im Auge haben und es deshalb für geboten erachten, der Staatsregierung die Ermächtigung zu erteilen, bis dahin die Verwaltung der betreffenden Landestheile event. durch königliche Verordnung zu regeln.

Der Ministerpräsident erklärte sich im Wesentlichen mit den Amendements des Referenten Kannegießer, sowie der Abg. v. Karlowitz, Graf Schwerin, Frhr. v. Nordenskiöld und Bering, als den Tendenzen der Staatsregierung nicht widersprechend, für einverstanden, indem er bemerkte, daß das Staatsministerium gegen die Fassung des §. 1, wonach die betreffenden Gebiete sofort nach Art. 2 der Verfassung mit der preussischen Monarchie vereinigt werden sollten, durchaus nichts einzuwenden habe; es müsse aber, bevor die preussische Staatsverfassung dort eingeführt werden könne, der Regierung jedenfalls einige Zeit gelassen werden, um die besonderen Einrichtungen jener Länder zu prüfen und die Verwaltung zu regeln, was, wie er schon früher bemerkt habe, eben nur durch eine Art königlicher Diktatur zu ermöglichen sei.

Der Referent Abg. Kannegießer trug darauf einige an das Haus der Abgeordneten gelangte Petitionen aus Hannover, Kurhessen und Nassau vor, die sich sämmtlich gegen die Annetierung jener Länder aussprechen.

Der Ministerpräsident bemerkte darauf, daß der Wunsch eines Anschlusses an Preußen in jenen Ländern vorherrschend sei; bei der Staatsregierung selbst wären aus allen betreffenden Ländern zahlreiche Petitionen in diesem von ihm angedeuteten Sinne eingegangen.

Die Abg. Kobden und Birchow brachten sodann noch ein Amendement ein, das sich von den übrigen dadurch unterscheidet, daß der Termin für Einführung der preussischen Verfassung darin näher fixirt wird; so geht das Amendement des Abg. Kobden dahin, daß die preussische Verfassung bis spätestens bis zum 1. Oktober 1867 eingeführt werden soll.

Der Ministerpräsident erklärte hierauf, daß er im Allgemeinen auch gegen diesen Termin nichts einzuwenden habe, wenn er sich auch nicht verbiete, daß eine solche Fixirung auf der andern Seite etwas Mißliches habe. Er wiederholte dabei nochmals, daß es der dringende Wunsch der Staatsregierung sei, wenn es irgend möglich wäre, schon früher die Verhältnisse jener Länder definitiv zu regeln.

An der Debatte beteiligten sich alle Antragssteller, um über ihre resp. Amendements zu sprechen, so die Abg. v. Carlomig, Becker, Birchow, von Bokum-Dolffs, Bering, Schulze (Berlin), Kobden.

Im Laufe derselben brachte der Abg. Birchow folgendes neue Amendement ein: „Im Eingange des oben mitgetheilten Kannegießer'schen Amendements zu lesen: Mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie und unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlaments der norddeutschen Bundesstaaten.“

Dies Amendement wurde jedoch von verschiedenen Seiten bekämpft und vom Ministerpräsidenten als durchaus unannehmbar bezeichnet. Dagegen habe er, das erklärte er nochmals, gegen das weiter oben erwähnte Birchow-Kobden'sche Amendement nichts Wesentliches zu erinnern. Er ersuchte schließlich die Kommission, so bald, wie thunlich, über die Vorlage schlußfähig zu werden, da der Staatsregierung eine Beilegung der Sache außerordentlich wünschenswerth wäre und auch im Interesse der betreffenden Länder selbst liege. Da ja das von Abgeordnetenhaus event. amendirte Gesetz noch ein neues Stadium beim Herrenhause, das ja bekanntlich in seiner Kommission die Regierungsvorlage unverändert angenommen habe, durchmachen müsse, empfahl er eine mögliche Beschleunigung um so mehr.

Die Abg. Schulze und Lette zogen darauf ihre Amendements zu Gunsten des vom Ministerpräsidenten für annehmbar erklärten Birchow-Kobden'schen Amendements zurück.

Da bei den verschiedenen Amendements in der Sache selbst gar keine Meinungsverschiedenheiten vorkamen, sondern bloß über die Fassung Differenzen obwalteten, vereinigten sich die Antragsteller dahin, Sonntag Mittag 12 Uhr zusammenzutreten, um sich über die Redaktion des §. 2 zu einigen. — Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Die oben erwähnte Sub-Kommission trat heute 12 Uhr zusammen und wurde über folgende Fassung einig: „Wir Wilhelm u. c. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags was folgt: §. 1. Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden in Gemäßheit des Art. 2 der Verfassungs-Urkunde mit dem preussischen Staate für immer vereinigt.“

§. 2. Die preussische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. Oktober 1867 in Kraft.

Die zu diesem Behuf notwendigen Abänderungs- und Zusatzbestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt.“

Um 2 1/2 Uhr dauerte die Beratung über §. 3. noch fort. Da der Ministerpräsident in der gestrigen Abend Sitzung keine event. Zustimmung zu den betr. Abänderungen des Gesetzentwurfs ausgesprochen, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß das Gesetz in der mitgetheilten Form in der Kommission sowohl wie im Plenum die Majorität erhalten wird.

(O. K. C.) Auf der Tagesordnung für die am Dienstag, den 28. d. Mts. Vormittags 11 Uhr anberaumte zehnte Sitzung des Hauses der Abgeordneten stehen: 1) Fortsetzung der Wahlprüfungen; 2) mündlicher Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Bälle, und für Handel und Gewerbe über den Schiffsfahrtsvertrag zwischen Preußen und Großbritannien; 3) Bericht derselben vereinigten Kommissionen über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien; 4) mündlicher Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage der Erledigung des Mandats des Abg. Frhr. v. Batow; 5) Schlussberatung über die Verordnung betr. das Verbot der Verankerung von Geschützen u.

(O. K. C.) Die Deputation des Hauses der Abgeordneten, welche gestern Mittag die Adresse des Königs Sr. Majestät dem Könige überreicht hat, traf gestern Abend noch zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht darüber festzustellen.

(O. K. C.) Der Abg. Bresgen, welcher mit Dr. Jacoby gegen die vom Abgeordnetenhaus angenommene Adresse gestimmt hat, bat dem stenographischen Bericht über die betr. Sitzung vom 23. August folgende „Abstimmungs-Motivirung“ beigefügt:

„Bei der heutigen Abstimmung über die Adresse habe ich mit Nein gestimmt. Da es nach Lage der Sache nicht zulässig war, dieses Votum bei der General-Diskussion zu motiviren, so beschränke ich mich im Allgemeinen auf den Vortrag des Herrn Abg. Jacoby, besonders in Betreff der politischen Freiheit und der Einheit Deutschlands. Berlin, den 23. August 1866. Franz Bresgen, Abgeordneter des Wahlbezirks Adenau-Abweiler.“

4. Berlin, 26. August. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Gesetzes, betreffend die Einverleibungen von Hannover u. c., hielt gestern Abend eine Sitzung. Die verschiedenen Amendements und Petitionen aus Hannover und Nassau gegen die Einverleibung gaben dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck Anlaß zu folgenden wichtigen Eröffnungen, welche wir der Aufzeichnung eines Kommissionsmitgliedes verdanken: „Auch bei der Regierung sind viele Petitionen, aber im entgegengelegten Sinne, um schnelle Einverleibung eingelaufen, die Regierung legt indeß darauf keinen Werth, weil man doch die Stimmung der betreffenden Länder daraus nicht erleben kann; sie hofft, daß mit der Zeit die Zustimmung zu der Einverleibung sich in einem größeren Maße erklären wird. Die meisten Petitionen, welche der Regierung aus Hannover zugegangen, um die Einverleibung zu beschleunigen, sind aus dem Bedenken, dem Bremenschen und Hildesheim'schen, vereinzelt dagegen aus den eigentlichen hannoverschen Stammlanden: aus dem Kalenburgerischen, Lüneburgerischen und Göttingen. Wenn die Petition aus Nassau gegen die Einverleibung von neun Grafen unterschrieben ist, so sind dies Namen, die viel in den österreichischen Ranglisten zu finden sind und Familien angehören, die früher mit Erbitten-

rung davon sprachen, daß sie dem Herzog von Nassau unterworfen werden sollten. — Was die Amendements betrifft, so kann ich nach Rücksprache mit den übrigen Mitgliedern der Regierung erklären, daß die Regierung mit der sofortigen Einverleibung der vier Länder in Preußen einverstanden ist, ebenso damit, daß die preussische Verfassung erst binnen Jahresfrist eingeführt wird. Dagegen wünscht die Regierung, daß ihr bis dahin gestattet ist, das Regime in jenen Ländern durch königliche Verordnung zu führen und daß dies ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen wird. Die Regierung braucht eine gewisse Latitude für die Ueberleitung, die ihr nicht durch zu ängstliche Fassung des Gesetzes beschränkt werden darf. Der Vorschlag des Abgeord. Birchow, mit vorbehaltlicher Genehmigung des Bundesparlaments die Einverleibung auszusprechen, ist dagegen nicht annehmbar. Die Vereinigung muß unumwundelt sein und darf nicht vom Parlament abhängig gemacht werden. Es ist nicht gewiß, wie viele Wochen und Monate bis zu dessen Zusammentritt vergehen können, solcher Vorbehalt möchte eine Schüchternheit auf Seiten der Regierung verratzen, welche von Europa ausgebetet werden könnte. Uebrigens ist das Parlament dazu auch nicht kompetent. Käme es später zu einem Kriege, so würde die Genehmigung des Parlaments der Regierung nichts nutzen. Es kann sehr wohl sein, daß Preußen auch nach der Einverleibung genöthigt sein wird, den neuen Besitz zu verteidigen, wie dies mit Schlesien im vorigen Jahrhundert ebenfalls der Fall gewesen ist. Wir dürfen keine Zweifel aufkommen lassen, daß wir vollkommen entschlossen und fähig sind, die Einverleibung fest zu halten. Auch ein europäischer Kongreß, der erwähnt wurde, dürfte nicht weiter führen. Bleibt ein solcher ohne Resultat, so führt er nur zu Nüchternheit und zum Kriege. Es giebt in diesen Fragen kein höchstes Tribunal. — Außerdem aber stützt die Regierung keineswegs die Einverleibungen auf das bloße Recht der Eroberung, wie es etwa geschehen könnte, wenn wir eine Provinz in Italien gewonnen hätten; es handelt sich hier vor Allem um das Recht der deutschen Nation, zu existiren, zu atmen, und um die Kraft, die Preußen braucht, um dies Deutschland zu ermöglichen. — Wenn der Abg. Kobden in einem Amendement zwar nicht sofort, sondern vom ersten Oktober 1867 ab die preussische Verfassung in den einverleibten Ländern einführen will, und zwar ohne weiteres Gesetz, so hat das Amendement principiell nichts uns Widerstrebendes, indeß ist es immerhin sorgfältig und unbequem. Sollte es aber Anlaß finden, so wird es die Regierung ad referendum nehmen und das Gesetz nicht zurückziehen. Was die Amendements der Abgeordneten Schulze, Lette und Bassenge betrifft, so sind sie zu ausführlich. Sagen wir nicht zu viel, die Einverleibung zieht die Verfassung von selbst nach sich, weitere Zusätze sind nicht nöthig. Die Regierung beabsichtigt, einstweilen durch Verordnung die preussische Militärverwaltung und Gesetze, welche sich auf einen freieren Verkehr beziehen, in den einverleibten Ländern einzuführen, aber sie muß die Mittel und Wege zur Ueberleitung selbst beurtheilen können. Zur Vorbereitung und Organisation soll eine Kommission in den Ländern vor Ort eines preussischen Beamten errichtet und dazu sollen Sachverständige aus jenen Ländern hinzugezogen werden; ebenso will man von dort zur Unterstützung der Regierung Beamte nach Berlin berufen. Machen wir uns deshalb mit dem Gesetzentwurf die Sache nicht zu schwer, seien wir lieber heißhungrig nach nationaler Macht und Einheit, ohne an der Art zu mädeln, wie das Gericht servirt wird. Jede Verzögerung kann neue Schwierigkeiten bringen und in drei Monaten können ganz neue Auffassungen bestehen; greifen wir also rasch zu; das Glück, welches man in einer Sekunde ausschlägt, lebt oft in Ewigkeit nicht wieder! Die Regierung wird vor sofortiger Einverleibung nicht zurückschrecken, aber die sofortige Einführung der Verfassung wirkt für sie beengend. Wenn die Regierung auf den Belagerungsstand und andere Auswüchse der Verfassung hingewiesen wird, so ist das doch sehr bedenklich, weil auf diese Weise statt der regelmäßigen Zustände zuerst die Ausnahmen benutzt werden müßten. Die Landesvertretungen in den annectirten Ländern zu berufen, würde gleichfalls große Bedenken haben; wir können nicht ermaßen, wie ihre Beschlüsse ausfallen werden. Die große Masse in den Partikularstaaten hat immer eine natürliche Anhänglichkeit an ihre bisherigen verantwortungsfreien Zustände; freilich giebt es in diesen Ländern auch intelligentere Leute, allein sie können die Majorität nicht bestimmen. Machen Sie der Regierung die Aufgabe nicht zu schwer! Die Regierung ist das vermittelnde Glied zwischen dem Könige und den beiden Häusern des Landtags; stellen Sie deshalb keine zu große Vielseitigkeit von Gesichtspunkten auf, da der Regierung dadurch ihre Aufgabe als vereinigendes Element für die widerstrebenden Richtungen zu sehr erschwert wird. Auf die Bemerkung, die Regierung handle anders als bei der Erwerbung von Lauenburg, muß ich erwidern, daß die Regierung auch heute jene Länder nicht als „fremde Reiche“ ansieht; sie hätte indeß nicht erwartet, daß dieser Sprachstreit in dem gegenwärtigen Moment erneuert würde. Wir finden einmal keine andere Anlehnung für unser Vorgehen, als an den Artikel 55 der Verfassung. Wir lassen uns durch das Wort „fremde Reiche“ nicht abschrecken, eine Position im Interesse des Landes zu nehmen, die vielleicht im Vergleich zu dem Verhältnisse bezüglich Lauenburgs als eine Inkonsequenz erscheinen kann. Der Mensch schreitet fort und muß mit der Entwicklung der Geschichte vorwärts gehen; es ist ein trauriger Ruhm, immer noch dieselben Ansichten festzuhalten, wie vor 20 Jahren. In Wahrheit geben wir keine Inkonsequenz, sondern nur die Armut der Verfassungsparagraphen hat uns genöthigt, den Artikel 55 zu wählen, vielleicht hätte auch Artikel 118 genügt. Suchen Sie, wie gesagt, so bald wie möglich zu einer Vereinigung in Bezug auf die Amendements zu gelangen, um der Regierung die Sache zu erleichtern.“ Die Ausführungen wurden mit großer Befriedigung entgegen genommen und die gewünschte Vereinbarung über ein einziges Amendement ist bereits ins Werk geleitet worden.

Lokales und Provinziales.

Posen, 27. August. Mit Rücksicht auf die in nächster Zeit zu gewärtigende Rückkehr unserer Garnison und die damit verbundene Befreiung der Miether von Einquartierung beginnt man mit Verung derjenigen Kasernen und sonstigen Militär-Lokalitäten, welche jetzt mit österreichischen Gefangenen belegt waren.

Gestern Mittag ging bereits der erste Transport in Stärke von circa 200 Mann mit der Bahn von hier nach Dirschau.

Aus Chogen ist ein Schreiben Sr. Exc. des Hrn. Generals v. Steinmetz an den Herrn Oberpräsidenten v. Horn eingegangen, das hier mitzutheilen uns gestattet wurde:

Die Mühe, welche der gegenwärtige Waffenstillstand gewährt, erlaubt mir auch die Dankbarkeitschulden abzutragen, deren sich durch die Theilnahme, welche sich die Siege des 5. Armeekorps erworben haben, recht viele angeammelt haben.

Auch von Ihrer Seite, Herr Oberpräsident, ist mir ein sehr freundliches Schreiben zugekommen, das Allen, die es angeht, sehr wohlgethan hat. Ich möchte mir erlauben, gleich hier auch der Gaben zu gedenken, welche dem 5. Armeekorps aus der Provinz Posen, theils als Erwidrungen, theils zur Befriedigung anderer Bedürfnisse zugesandt worden sind. Es kann von unserer Seite nicht dankbar genug anerkannt werden, was in dieser Beziehung und in wie auskömmlicher und liebevoller Weise von der Provinz und ich glaube hervorsetzend von der Stadt Posen geleistet worden ist, und ich würde es sehr dankbar anerkennen, wenn Sie die Geneigtheit haben wollten, dies in meinem Namen und in dem des 5. Armeekorps öffentlich auszusprechen.

Um so mehr liegt mir aber auch daran, ein Gerücht zu widerlegen, welches die Zeitungen verbreitet haben. Es ist behauptet worden, daß des Königs Majestät mich aufgefordert habe, mir eine Gnade zu erbitten, und daß ich in Folge dessen um die Verlegung des 5. Armeekorps in eine andere Provinz gebeten hätte. Ich habe zwar schon Veranlassung genommen, diesem Gerücht durch eine Gegenerklärung in der „Posener Zeitung“ zu widersprechen, ich halte mich aber auch Ihnen, als dem Oberpräsidenten der Provinz gegenüber zu der Verklärung verpflichtet, daß jenes Gerücht alles Grundes entbehrt, indem ich weder aufgefordert worden bin, mir eine Gnade zu erbitten, noch, nachdem ich erst so viele und hohe Gnadenbeweise meines huldreichen Königs empfangen, auch nur entfernt daran gedacht habe, mir aus eigener Bewegung noch eine Gnade zu erbitten. Ich würde überhaupt Anstand nehmen, in solcher Weise in die Intentionen unserer Regierung einzugreifen; die Dislokation der Armee läßt sich nicht nach Wünschen machen, sondern beruht auf höheren und anderen Erwägungen, in keinem Fall ist hier von Sympathie oder Antipathie des Soldaten für oder gegen eine Provinz die Rede. Ueber die Rückkehr des Armeekorps nach dem Vaterlande ist zur Zeit noch nichts festgesetzt, wohl aber hofft ein Jeder, daß es nicht mehr lange

dauern werde. Wir bringen leider nicht Alle wieder zurück, die mit uns ausmarschirt waren, die nicht zurückkehren, sind als Opfer für ein großes Resultat gefallen, an welchem das 5. Armeekorps einen wesentlichen Antheil hat. So sehr sich auch ein Jeder, der diesem Korps angehört, darüber freut, so möchte es doch wohl Keinen geben, der nicht Gott allein die Ehre gäbe. Namentlich aber gehöre ich zu diesen, das Glück hat mich demüthiger gemacht, als es wahrscheinlich das Unglück vermocht haben würde. Ich lehre mit reicher Ausbeute aus dem Kriege zurück und bin hochbeglückt, daß mein Lebensabend in solcher Weise erblickt worden ist. Was der Jüngling erlehnt, was der Mann erstrebt, das habe ich in einem Alter erreicht, wo Andere als Greise schon wieder Kinder werden, ich habe also gewiß Gottes Gnade zu preisen, der mir die Kraft des Körpers und des Geistes verlieh, um meiner schweren Aufgabe genügen zu können u. s. w.

[Cholera.] Am 24./25. August c. erkrankten im Civil 11, starben 4. Am 25./26. August c. erkrankten 6, starben 2. Bestand am 26. August c. im Stadtlazareth 16, im Militärlazareth 82.

Der Dachdeckergehilfe W. Stefanski, welcher das Dach der Beuth'schen Dampfmaschine ausbesserte, stürzte von da herab und wurde schwer verlegt ins Stadtlazareth gebracht.

[Konkurrenzreiben.] Wer die Konkurrenz mit allen ihren Ausartungen beobachten will, muß den Viktualienmarkt besuchen, wenn die ersten Zufuhren mit Probirgut vom Lande ankommen, und das geschieht gegenwärtig schon vor 5 Uhr Morgens. Was für eine Beweglichkeit herrscht dann auf dem Markte, wie werden die neu angekommenen Wagen von Hühnern und Hühnerinnen bestirmt und nach ihren Vorräthen durchsichtigt, die Bauern nach den Preisen gefragt, auf deren Forderungen dann ein Drifftel geboten wird oder die gar mit einem mitleidigen Achselzucken bingegenommen werden, als wäre es gar nicht der Mühe werth, sich um die Gegenstände weiter zu bekümmern, und es gewinnt ganz den Anschein, als würde der Bauer seine Lebensmittel heute gar nicht loswerden. So flau sieht es aber auch nur in den ersten Minuten des beginnenden Geschäftes aus, und der Bauer kennt diese Geschäftsfinnen schon, durch die er sich nicht mehr stören läßt; bald wendet sich das Blatt. Einer der Hühler hat die Postvorräthe jenes mit seinem Wagen dort im Winkel stehenden Bauern ins Auge gefaßt und es ist ihm gelungen, den Bauern so weit zu bearbeiten, daß er ihm sämmtliche Lämmer und Tonnen verkauft, das Quart im Durchschnitt zu 3 Pf. Diesen höchst vortheilhaften Einkauf merken einige Konkurrenten und nun stürzt eine ganze Schaar an den Wagen, dem Bauern einen höheren Preis bietend, den derselbe gewiß nicht verdammt hätte, wenn nicht von Seiten des Käufers dem Bauern wie den Konkurrenten ein hämisches „Zu spät!“ entgegengehalten würde; der Kauf war abgeschlossen. Aber nun beginnt auch rasch überall das Geschäft und die Hühler kaufen, wenn auch nicht so günstig, wie jener glückliche Konkurrent, durchschnittlich das Quart Birnen mit 4 Pf. ein, das sie dann mit 5 bis 6 Pf. wieder verkaufen. Auch in diesem Geschäft ist somit der Verdienst gar nicht so unbedeutend.

[Luftballon.] Von den gefangenen Oestreichern in der Train-Kaserne wurde gestern Nachmittag ein Luftballon von ziemlicher Größe losgelassen, der, nachdem er mehrere Hundert Fuß gestiegen, in grader Linie nach Norden getrieben wurde. Wir haben selten einen Luftballon so schön steigen sehen, wie den gestrigen.

[Nach dem Schwabde] fand gestern Nachmittag eine wahre Wallfahrt statt per Omnibus, Droschke, Privatwagen und in der Mehrzahl per pedes; — ein Treiben, wie es seit vielen Wochen nicht dagewesen ist. Im Walde selbst war jedes Pläschen mit spielenden, plaudernden und ruhenden Gruppen besetzt, die jetzt wahrhaft „im Grünen“ sich tummeln können, denn in Folge des anhaltenden Regenwetters ist der Waldesrasen wieder mit dem drachtvollsten grünen Frühlingskleide überzogen worden, das uns vergesse nicht, daß sich der Herbst naht. Diese Waldespracht vor dem Eintritt des Herbstes noch einmal zu genießen, können wir nur dringend empfehlen. Für den durstigen Gaumen und den Hungerigen trägt das Lindner'sche Etablissement im Walde in reichlichstem Maße Sorge, und die treffliche Küche der Frau Lindner befriedigt auch den Anspruchvollsten.

Das gefrige Volksfest im Volksgarten hatte sich bei dem drachtvollen Wetter eines Besuches von ca. 2500 Personen zu erfreuen, die größtentheils noch während des Monatsheims am Abend bei einander waren. Die Unterhaltung des zahlreichen Besuches war sehr abwechslungsreich. Mit der Ninfen'schen Kapelle trat gestern der hier bekannte Violinist, Herr G. Eberle, auf, dessen Solo-Vorträge Variationen für Violine von Beriot eine ganz bedeutende Technik dokumentirten und vom Publikum höchst beifällig aufgenommen wurden, ebenso wie ein von Herrn Eberle komponirter Marsch: Souvenir de Königgrätz. Zwischen die einzelnen Konzertstücken waren die Vorträge des Komikers Herrn Wohlbrück gelegt, die, da sie das Zwerchfell des Publikums erschütterten, nicht mit gewöhnlichem Applaus, sondern stets mit Mark und Bein erschütterndem Händeklatschen und Beifallrufen aufgenommen wurden. Den Schluß des Arrangements für das Volksfest bildete die bengalische Beleuchtung des Gartens, ein von Herrn Tauber aufgestelltes Feuerwerk, das recht schöne Feuerwerkskörper enthielt. Erst spät verließ das Publikum, wohl durchweg zufriedengeföhlt von dem Arrangement, den Garten.

† Adelnauer Kreis, 24. August. [Beschluss.] Nach Festsetzung des Gehaltes für den Bürgermeister zu Rajchlow laut hoher Regierungsverfügung hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 22. d. den Termin behufs Neuwahl auf den 12. September c. festgesetzt.

\* Ostrowo, 24. August. Der sehr geehrten Redaktion hatte ich unlängst den Vorgang betreffend die Verhaftung und Detinirung des jungen Grafen v. Storzewski in Kalisch berichtet. Derselbe ist vor einiger Zeit entlassen worden und hat schließlich die Behörde in Kalisch eingesehen müssen, daß sie eigentlich auch zur Entscheidung kompetent gewesen und streng genommen es eines Berichtes nach Warschau gar nicht bedurft hätte. Man hätte denken sollen, daß die Polizeibehörde in Kalisch nun etwas vorsichtiger auftreten werde, aber gerade das Gegentheil. Man höre: Am vergangenen Dienstag lehrte der Spediteur Kaspar Lewy von hier, welcher seit Jahren wöchentlich mehrere Male nach Kalisch mit seinem Omnibus fährt, von Kalisch nach Ostrowo zurück. Auf dem an diesem Wege liegenden Grenz-Zollamte zu Szczypporno wird er von ein Paar reitenden Grenzsoldaten, welche von Kalisch kamen, eingeholt nach Kalisch transportirt und ist dort bis gestern gegen Abend verhaftet gewesen; seine Entlassung erfolgte erst, als das hiesige Landrathsamt die Polizeibehörde in Kalisch auf telegraphischen Wege wegen des Grundes dieser Verhaftung und Detinirung angefragt hatte. Nun fragt Jedermann nach dem Grunde der Verhaftung. Lewy weiß keinen. Er führte wie immer einen von dem Naczelnik wojenny des Kalischer Bezirks visirten Paß bei sich. Es ist ihm der Grund der Verhaftung und Detinirung ebensowenig als dem königl. Landrathsamte mitgetheilt worden, trotzdem daß er wiederholt nach diesem Grunde gefragt hatte. Ebensowenig ist er verhört worden. Dinge solcher Art sind auf dem Grenz-Zollamte zu Szczypporno an der Tagesordnung. So ist mir von einem glaubhaften Manne folgendes Stückchen mitgetheilt worden. Ein Mann von 26 Jahren will, mit einer Legitimationskarte (Paß) versehen, nach Kalisch reisen. In Szczypporno muß er seine Karte vorzeigen. Der betreffende Beamte fragt ihn wie alt er sei, er antwortet, er sei 1840 geboren. Da giebt ihm der Beamte den Paß zurück und weist ihn nach Preußen zurück mit dem Bemerkten, daß seine Angabe mit dem Inhalte des Passes nicht stimmt, denn in demselben siehe nicht, daß er 1840 geboren, sondern daß er 26 Jahre alt sei. Alle Remonstraktionen waren vergebens. Der Direktor des genannten Grenz-Zollamtes macht auch gar kein Hehl von seinem Widerwillen gegen jeden Verkehr nach Polen und hat sich wiederholt dahin ausgesprochen, es wäre ihm am allerliebsten, wenn Niemand über die Grenze käme. Sollte es denn gar kein Mittel geben, solche Beamtenwillkühr zu brechen?

Gt. Schwerefenz, 25. August. Schwerlich ist eine zweite Stadt unserer Provinz so schwer von der Cholera heimgesucht worden, als die Stadt Schwerefenz. Von der nach der letzten Zählung 2878 Seelen betragenden

Bevölkerung sind im Laufe von sieben Wochen 199 Personen gestorben, also 7 Procent der Bevölkerung.

Ueberhaupt erkrankten in diesen 7 Wochen vom 4. Juli, an welchem Tage der erste Cholera-Todesfall vorkam, bis inkl. 22. d. M. 496 Personen, davon starben 199, genau 271, sind noch in ärztlicher Behandlung 26.

So gelind auch das Auftreten der Krankheit in den ersten beiden Wochen war und ihr Entstehen sich in den meisten Fällen auf Diätfehler zurückführen ließ, so heftig und epidemisch wurde dieselbe in der dritten bis fünften Woche.

Es starben: in der 1. Woche, vom 4. bis 10. Juli, 4 Personen, in der 2. " " 11. " 17. " 19 " " " 3. " " 18. " 24. " 58 " " " 4. " " 25. " 31. " 48 " " " 5. " " 1. " 7. Aug. 29 " " " 6. " " 8. " 14. " 21 " " " 7. " " 15. " 22. " 20 "

Wenn gegenwärtig auch die Sterblichkeit einigermaßen nachgelassen hat, so kommen täglich doch noch durchschnittlich zwei Sterbefälle vor. Schlimmer noch, als in der Stadt selbst, hauste die Krankheit in dem dicht an der Stadt gelegenen und zu ihr gehörenden Dorfe Schweritz.

Wenn gegenwärtig auch die Sterblichkeit einigermaßen nachgelassen hat, so kommen täglich doch noch durchschnittlich zwei Sterbefälle vor. Schlimmer noch, als in der Stadt selbst, hauste die Krankheit in dem dicht an der Stadt gelegenen und zu ihr gehörenden Dorfe Schweritz.

Bromberg, 24. August. In der gestrigen Sitzung der Stadtverord-

neten ist der Gerichts-Assessor Götz aus Lobfens zum besoldeten Stadtrath und Beigeordneten gewählt worden.

\* G n e j e n, 23. August. Aus den unter dem Vorjitz des Herrn Erz-bischofs hier stattfindenden Konferenzen der Dekane werden folgende Beschlüsse gemeldet. Die Predigt soll während der Messe nicht nach dem Credo, sondern nach dem Evangelium eingelegt werden. An Ablässen und überhaupt Festen soll bei Ausstellung des Allerheiligsten Sacraments die Monfranz gleich nach der Procession wieder verwahrt werden.

Redaktions-Korrespondenz.

Herrn A. in D. Der Einfindung wird entgegengelesen. \*\* Auf die in Dresden bestehende Theaterschule, welche im Inter-

Auf eigene Erfahrung

begündete Bestätigungen der heilkräftigen Wirksamkeit des vegetabilischen Kauterhaarbalsams Esprit des cheveux von Gutter & Co. in Berlin, Depôt bei Herrmann Hoegelin in Posen, Berg-

Bekanntmachung.

Am 30. August c. früh 10 Uhr werden 11 dem Kreise Posen zurückgestellte Landwebr-

Königlicher Landrath. v. Sager.

Bekanntmachung.

Am 31. d. Mts. früh von 10 Uhr ab sollen die dem Kreise Krotoschin gebörigen, von der Festungs-Belagungs-Estadion zurück-

Königlicher Landrath. J. A. Brauu, Kreissekretair.

Handelsregister.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 880. die Firma Zidor Ehrlich zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Zidor Ehr-

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.

Handelsregister.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 681. eingetragene Firma J. Wolff junior in Posen ist erloschen und im Register heute

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

- Am 30. August d. J. Vormittags 10 Uhr werden hier am Markte vor dem Wohn-

- 1) eine kleine Bibliothek in einem eichenen Glasbind, enthaltend: a) Meyer's großes Conversationslexikon mit Kupfern und Atlas, Ladenpreis 300 Thlr., in Leder gebunden, unge-

Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die unbekannt Erben der in Schwer-

nen Wirthin des Oberamtmanns D. Burghardt werden aufgefordert, binnen 8 Tagen ihre etwaigen Ansprüche an den Nachlaß beim

E. Burghardt.

Bauholz- u. Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich am Donnerstag den 30. August c. Vor-

für Gutsbes. u. Spekulanten.

Das Gut Mokronos bei Exin, von 900 Mrg. Weizenbod. 1. Kl. kömmt am 3. Sep-

Theaterschule

in Dresden (Landhausstr. 6., 11.). Neuer Kursus den 8. Oktober d. J. für Deklamation, Rollenstudium, Sologesang, Studium von Opernpartien, Theorie der Schauspielkunst,

Bekanntmachung.

Der Unterzeichnete empfiehlt sich zur Ausführung von Schurarbeiten jeder Art, Bohrversuchen, Inbetriebsetzen von Gruben-

O. Pattloch, Berg-Ingenieur.

Landwirthschaftliches.

Bestellungen auf echt Probsteier Saatgetreide bitte mir gefälligst rechtzeitig ertheilen zu wollen.

M. C. Hoffmann, Wilhelmsplatz Nr. 9.

Blumen-Zwiebeln,

als: Hyacinthen, Tulpen, Crocus u. empfiehlt und verendet Preis-Verzeichnisse auf

Nicht zu übersehen.

In der lebhaftesten Gegend Berlins, an 2 Straßen und an einem freien Platz belegen,

am 3. September

Ein Vorwerk, 430 Mrg. Mrg. groß, 1/4 Meile von Posen, ist sofort mit geringer An-

Ein guter Windhund.

Ein guter Windhund. Solofänger, steht auf dem Dom. Wrowino bei K-

Breslauer Markt.

Unsern geehrten Geschäftsfreunden machen wir hiermit die Mittheilung, daß der bevorstehende hiesige

am 3. September

Breslau, den 25. August 1866. Erber & Eppenstein, Frie & An-

Der Dualismus in den Wiederherstellungs-Versuchen bei Kranken,

oder Medizin und Heilnahrungsmittel.

So wie das regelmäßige Leben eine doppelte Nahrung fordert, eine plastische und eine thermetische, so fordert der gestörte Lebensgang oft doppelte Wiederherstellungsmittel,

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Gegen die Cholera

kennt man bis jetzt nur Vorbeugungsmittel, und als solche sind vor allen die

Robert Freigang'schen eisenhaltigen Genussmittel, namentlich wegen ihrer neuerschaffenen Blutbildung,

Preuß. 3 1/2 0/10 Präm. Anl. vom Jahre 1855.

Heimann Saul,

Bank- und Wechselgeschäft.

Ein guter Windhund. Solofänger, steht auf dem Dom. Wrowino bei K-

Breslauer Markt.

Unsern geehrten Geschäftsfreunden machen wir hiermit die Mittheilung, daß der bevorstehende hiesige

am 3. September

Breslau, den 25. August 1866. Erber & Eppenstein, Frie & An-

Der Dualismus in den Wiederherstellungs-Versuchen bei Kranken,

oder Medizin und Heilnahrungsmittel.

So wie das regelmäßige Leben eine doppelte Nahrung fordert, eine plastische und eine thermetische, so fordert der gestörte Lebensgang oft doppelte Wiederherstellungsmittel,

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.

Gegen die Cholera

kennt man bis jetzt nur Vorbeugungsmittel, und als solche sind vor allen die

Robert Freigang'schen eisenhaltigen Genussmittel, namentlich wegen ihrer neuerschaffenen Blutbildung,

Preuß. 3 1/2 0/10 Präm. Anl. vom Jahre 1855.

Heimann Saul,

Bank- und Wechselgeschäft.

Badewannen

jeder Größe, dauerhaft und stark gearbeitet, empfiehlt zum

H. Klug, Posen, Friedrichstr. 33.

Für Krankenzimmer

empfehlen Desinfektions-Lampen à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 7 1/2 Sgr.

Wasserhelles Petroleum,

erste Sendung, doppelt raffiniertes Rüböl empfindlich billig und 8 Pfd. harte Seife

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

9 Pfd. harte Seife für

1 Thlr. bei Adolph Asch, Schloßstr. 5.

J. Blumenthal in Posen,

Krämerstr. 15. vis-à-vis d. n. Brodhalle, empfiehlt sein Lager

echt amerif. raff. Petroleum en gros & en detail.

Paraffin- und Stearin-Kerzen, Stearin-Altar-Kerzen,

so wie bestes raffiniertes Rüböl zu den allerbilligsten Preisen.

Eisenditriol zum Desinfektiren à Ctr. Tblr. 3/2, bei Pohlen Tblr. 3. empfiehlt Ernst Ma-

lade, Friedrichstraße 19.

Friedrichstraße 36.

vis-à-vis der Post-Uhr, 2. Stock, ist vom 1. Oktober ein zweifelh. Zimmer mit, auch

ohne Meubles, zu vermieten. Näheres daselbst bei J. Mucha.

Im Hause St. Martin Nr. 58. sind zwei Wohnungen, eine große und eine kleinere, vom

1. Oktober c. ab zu vermieten. Nähere Auskunft im Komtoir, Berlinerstr.

Nr. 14. (Tellus).

St. Martin 41. ist im 3. Stock

eine Schlafstube mit appartment Eingang zu vermieten.

Breitestraße Nr. 13.

ist eine Wohnung von 3 Stuben und Küche für 80 Thlr. zum 1. Oktober c. zu vermieten.

Gr. Gerberstr. 33. ist eine Barterestube und eine kleine Wohnung im 3. Stock zu verm.

Sandstraße Nr. 2.

find vom 1. Oktober ab kleinere und größere Wohnungen, sowie ein großer Speicher nebst Spiritusremisen zu vermieten.

Graben 8 B. ist eine Wohnung von 5 Zimmern 2. Etage und eine Wohnung von 2 Zimmern vom 1. Oktober zu vermieten.

Eine Pension (Logis u. Kost) für einen Herrn wird in anständiger deutscher Familie gesucht.

Ein tüchtiger Destillateurgehülfe mit guten Attesten versehen, der polnischen Sprache mächtig, wird zu engagieren gesucht von Adolph J. Schulz in Bromberg.

Einen Gärtner, der gleichzeitig das Revier besichtigen kann und gute Zeugnisse beibringt, sucht auf persönliche Meldung das Dominium Wioska bei Kositz, Kreis Bomst.

Einen tüchtigen erfahrenen Ober-Schäfer, der seine Befähigung durch Zeugnisse nachweisen kann, sucht zum sofortigen Antritt das Dominium Tarnowo.

Bum 1. Oktober wird für eine Brauerei im Großherzogthum Posen ein Lehrling gesucht.

Ein tüchtiger Konditorgehülfe findet vom 1. Oktober bei gutem Salair dauernde Kondition bei A. L. Reid in Bromberg.

Auf dem Dom. Wilkowo ist die Hofverwalterstelle sofort zu besetzen.

Eine Directrice für ein Puggeschäft in der Provinz wird gesucht.

Ein kräftiger Bursche findet dauernde Beschäftigung bei A. S. Lehr, Gerberstr. 40.

Einem tüchtigen Brenner wird Stelle nachgewiesen durch die Exp. d. B.

Anständige und brauchbare Mädchen weiß nach die Wietzbauer Alldrich, gr. Ritterstr. 15.

Ein gutemprohener, militärfreier Landwirth, unverheirathet, sucht Stelle. A. H. in der Exp. d. B.

Ein Brenner, welcher in seinem Geschäft gründlich erfahren ist, sucht als solcher ein Unterkommen von Michaeli c. an.

Saraczewo. Gottlieb Gesche, Brenner.

Ein brauner langhaariger Hühnerhund mit Doppel Nase ist zu verkaufen.

Wer einen Brief gestern vor der Kirche gefunden, wird gebeten, an d. Adresse abzugeben.

Zur gefälligen Beachtung. Wegen allzugroben Unfalls, der beim Wasserholen an dem Brunnen meines Hofes getrieben wird, bin ich gezwungen, denselben bis auf weiteres für Jedermann abzusperren.

Am 26. Abends ist ein kleiner grauer Affenpinscher entlaufen. Wiederbringer erhält Wilhelmstraße 26. beim Coiffeur C. F. Peter gute Belohnung.

Advertisement for Louis Türk, featuring Hebrew text and a portrait. Text includes 'Nachsorim מוֹרִים' and 'Festgebete der Israeliten'.

M. 29. VIII. A. 7. J. nicht II. sondern I.

Large text block containing various notices, advertisements, and news items from the region, including mentions of local events and organizations.

Die heute früh 7 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Marie, geb. Pögel von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich hierdurch statt jeder besondern Meldung ergebenst anzuzeigen.

Heute früh 1 Uhr entschlief nach kurzem Leiden zu einem bessern Leben unsere geliebte Mutter, die Wittve Frau Emilie v. Kirchschnein.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

Am 24. August Abends 1/2 12 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unsere innig geliebte Mutter Justine Karoline geb. Geisler.

König Wilhelm-Verein.

Die Ziehung der Lotterie-Gewinne aus der ersten Serie findet, wie bereits bekannt gemacht, bestimmt am 28. und 29. August d. J. im Saale des königlichen Lotterie-Gebäudes hier selbst statt.

Plan

zweite Serie der Lotterie, welche der König Wilhelm-Verein

zur Unterstützung preussischer Krieger und deren zurückgebliebenen Familien veranstaltet.

Die Serie besteht aus 100,000 Loosen, und zwar 50,000 ganze à 2 Thaler, und 50,000 in 100,000 halben à 1 Thaler.

Die Lotterie enthält 6,702 Gewinne im Gesamtbetrage von 94,800 Thalern unter folgender Verteilung:

Table with 2 columns: Gewinn zu ... Thlr., and Anzahl der Gewinne. Lists various prize amounts and their frequencies.

Die Ziehung, welche gleichfalls sobald als möglich erfolgen soll, wird durch die Tagesblätter bekannt gemacht.

Die Gewinne werden gegen Rückgabe der Gewinnlose an deren Inhaber abzugsfrei hier vom unterzeichneten Comité gezahlt.

Der Anspruch auf den Gewinn erlischt zu Gunsten der Vereinszwecke, wenn der Gewinn nicht bis zum 90. Tage nach dem Datum der Gewinnliste hier abgefordert ist.

Die Deckungsmittel für die Gewinne werden bei der königlichen Seehandlung deponirt.

Berlin, den 24. August 1866.

Das Comité des König Wilhelm-Vereins.

General-Lieutenant v. Alvensleben, Freiherr v. Arnim, Rittergutsbesitzer Berend. Geh. Kommerzienrath Bleichröder, Hoflieferant Borchardt, Major a. D. v. Clausewitz, Geh. Hofrath Dohme, Lotterie-Obernehmer Eichborn, Geh. Sanitätsrath Friedheim, Hoflieferant L. Gerson, General-Intendant v. Hülsen, General a. D. v. Kauer, Geh. Ober-Finanzrath Frhr. v. Leng, Kommissionsrath Kitzsch, Direktor Wähling, Hotelbesitzer A. Wähling, Stadtrath Noeddegen, Königlich-hofmarchall Graf Perponcher, Rentier Pindert, Rittmeister v. Prißwitz, Geschichtsmaler Prof. Richter, Hof-Kammer-Präsident Freiherr v. Sehele, Rentier Schulz-Leitershofen, Musikdirektor Wieprecht, Stadtrath Wrede.

Dreißigstes Verzeichnis

der bei dem Central-Comité des Preuss. Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger eingegangenen Geldbeiträge.

Family A. hier, 2. Beitrag, 10 Thlr. Geheimer Finanzrath Schartow, 3. Beitrag, 5 Thlr. Hotelbesitzer Stecher 1 Thlr. Comité in Lyden (monatlicher Beitrag) 30 Thlr. N. N. aus Wiesbaden 15 1/2 Thlr. Fräul. Selma v. Goddenhof in Oesterö 1 Thlr. Ertrag einer Sammlung durch den königl. preuss. Konsul Otto Vland in Stockholm 200 Thlr. Fr. Julius Zimmermann 100 Thlr. Sammelhefte Nr. 3. (durch F. J. A. Heese) unter P. 5 Thlr. Hauptmann G. als Leberthun 12 1/2 Sgr. Frauenverein in Sobornheim 50 Thlr. Sammlung der Wachmannschaft in Slogau 15 Sgr. Hülfverein in Gressen 50 Thlr. Ertrag einer Sammlung durch den königl. Landrath in Schleusingen 100 Thlr. Aus Grotzen, Fleischergelehrter 10 Thlr. Tuchmacher 8 Thlr. Wilb. Schurad 15 Sgr. Martin Bloch 15 Sgr. Verein in Finsterwalde 26 Thlr. 23 Sgr. Kreisverein des Ottweiler Kreis-

Stettin, den 27. August 1866. (Marcuss & Maass.)

Unter Gottes gnädiger Beifand wurde meine liebe Frau Clara geb. Noeder heut Morgen 3 1/4 Uhr von einem Knaben glücklich entbunden.

Schroda, den 25. August 1866. Kaiser, Kreisrichter.

Heute früh 1 Uhr wurde meine liebe Frau, Amalie geb. Brunzel, von einem munteren Mädchen glücklich entbunden, was ich theilnehmenden Freunden hiermit ergebenst anzeige.

Posen, den 27. August 1866. B. Siernat, Handschuhmacher.

(Verspätet.)

Durch Gottes unerforschlichen Rathschluß entschlief nach einem vierwöchentlichen Krankenlager und einem schweren, bitteren Kampfe den 23. d. Nachm. 2 Uhr unsere theure, innig geliebte Tochter und Gattin, nach dem sie nur 12 Tage in einer glücklichen Ehe gelebt hatte, zu einem bessern Sein.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Posen, den 27. August 1866. O. Soy, Sergeant im 2. Leibbataillon, als Witte.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Kellers Sommertheater.

Montag, Extra-Vorstellung à 5 Sgr. Abtheilung V. Zimmer IV. für Jagdsachen, Genrebild mit Gesang in 1 Akt von Salinger. Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet, Lustspiel in 1 Akt von Feodor Wehl. Berlin wird Weltstadt, Pöffe mit Gesang in 1 Akt von Kalisch. Musik von Bial.

Dienstag, zum Benefiz für Fräul. Antonie Ballin: Nur nicht lächerlich! Lustspiel in 1 Akt vom Prinzen Sulkowsky. Mein Mann geht aus! Lustspiel in 2 A. von Heim. Brünstein. Eine verfolgte Unschuld. Original-Pöffe mit Gesang in 1 Akt von A. Langer und E. Pöhl. Musik von Contradi.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Lamberts Salon.

Heute Montag Konzert der Moser'schen Sängergesellschaft.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Die Beerdigung findet am 27. d. M. Abends 1/2 6 Uhr vom Leichenhause aus statt.

Fehrlé's Gesellschafsgarten.

kleine Gerberstraße Nr. 7.

Täglich großes Konzert

von der Langenschen Sängergesellschaft, unter Mitwirkung der berühmten Konzert-Sängerin Fräulein Mathilde Schnelle aus Berlin.

Anfang 5 Uhr. Entrée 1 1/2 Sgr.

Asch's Café.

Markt 10.

Heute und die folgenden Abende Konzert u. Auftreten des Komikers Herrn Darisch.

Börsen-Telegramme.

Table with 2 columns: Berlin, den 27. August 1866. (Wolf's telegr. Bureau.) and various market data including Roggen, Spiritus, and other commodities.

Stettin, den 27. August 1866. (Marcuss & Maass.)

Table with 2 columns: Stettin, den 27. August 1866. (Marcuss & Maass.) and various market data including Weizen, Roggen, and other commodities.

Börse zu Posen

Table with 2 columns: Posen, den 27. August 1866. and various market data including Fonds, Roggen, and other commodities.

